



21. August 2019

---

# Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung

## Agrarpolitik ab 2022 (AP22+)

---

<b>1</b>	<b>Ausgangslage</b> .....	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Eingegangene Stellungnahmen</b> .....	<b>3</b>
2.1	Gemäss Liste der ständigen Vernehmlassungsadressaten .....	3
2.2	Weitere Stellungnahmen .....	3
<b>3</b>	<b>Inhalt der Vernehmlassungsvorlage</b> .....	<b>4</b>
<b>4</b>	<b>Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens</b> .....	<b>5</b>
4.1	Grundsätzliche Bemerkungen zur Vorlage .....	5
4.2	Ausgangslage .....	6
4.3	Grundzüge der Vorlage .....	7
4.4	Allgemeine Grundsätze (1. Titel LwG) .....	11
4.5	Produktion und Absatz (2. Titel LwG) .....	13
4.6	Fragebogen zur Marktstützung .....	17
4.7	Direktzahlungen (3. Titel LwG) .....	21
4.8	Strukturverbesserung (5. Titel LwG) .....	35
4.9	Forschung, Beratung und Förderung der Tierzucht (6. Titel LwG) .....	39
4.10	Pflanzenschutz und Produktionsmittel (7. Titel LwG) .....	42
4.11	Weitere Bestimmungen (Titel 7a LwG) .....	44
4.12	Rechtsschutz, Verwaltungsmassnahmen, Strafbestimmungen (8. Titel LwG) .....	45
4.13	Schlussbestimmungen (9. Titel LwG) .....	45
4.14	Risikomanagement (kein Vorschlag für Gesetzesgrundlage) .....	46
4.15	Gewässerschutzgesetz .....	46
4.16	Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst .....	49

4.17	Tierseuchengesetz .....	50
4.18	Boden- und Pachtrecht.....	50
4.19	Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel.....	54
4.20	Auswirkungen, Verhältnis zur Legislaturplanung und zu Strategien des Bundes .....	56
<b>5</b>	<b>Liste der Stellungnehmenden .....</b>	<b>57</b>

# 1 Ausgangslage

Der Bundesrat führte vom 14. November 2018 bis am 6. März 2019 eine Vernehmlassung zur Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) durch. Die Vorlage umfasste Änderungen von landwirtschaftsrelevanten Gesetzeserlassen und den Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2022 bis 2025.

Zur Stellungnahme eingeladen wurden die Kantone, das Fürstentum Liechtenstein, die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien, die gesamtschweizerischen Dachverbände der Wirtschaft sowie weitere interessierten Organisationen. Insgesamt wurden 389 Adressaten zur Stellungnahme eingeladen.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vernehmlassung wird der Bundesrat voraussichtlich Anfang 2020 die Botschaft zur AP22+ zuhanden des Parlamentes verabschieden, damit der Erstrat mit der Beratung der Vorlage in der Sommersession 2020 beginnen kann. Die Gesetzesänderungen sollen gleichzeitig mit den neuen landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen auf den 1. Januar 2022 in Kraft treten.

## 2 Eingegangene Stellungnahmen

### 2.1 Gemäss Liste der ständigen Vernehmlassungsadressaten

Kantone: ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, JU

In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien: BDP, CVP, FDP, GLP, GPS, SPS, SVP

Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete: Schweizerischer Gemeindeverband (CH Gemeinden), Schweizerischer Städteverband (Städte), Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)

Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft: Economiesuisse, Schweizerischer Gewerbeverband (SGV), Schweizer Bauernverband (SBV), Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)

### 2.2 Weitere Stellungnahmen

Zusätzlich zu den unter Ziffer 2.1. erwähnten Stellungnahmen wurden 378 Stellungnahmen eingereicht, davon 15 von Privatpersonen. Weiter gab es 3 419 individuelle Stellungnahmen, die entweder mit Stellungnahmen von Organisationen identisch waren oder auf einem von einer Organisation zur Verfügung gestellten Online-Formular basierten.

Abkürzungen und Liste der Stellungnehmenden: Siehe Ziffer 5.

In der nachfolgenden Auswertung wird primär auf die Stellungnahmen gemäss Liste der ständigen Vernehmlassungsadressaten sowie von gesamtschweizerischen Organisationen und Akteuren eingegangen. Stellungnahmen von regionalen Organisationen und Akteuren werden nur ausnahmsweise erwähnt. Das Dokument mit allen Stellungnahmen kann unter dem Link <https://www.blw.admin.ch/blw/de/home/politik/agrarpolitik/ap22plus.html> eingesehen und heruntergeladen werden.

### 3 Inhalt der Vernehmlassungsvorlage

Mit der Agrarpolitik AP22+ will der Bundesrat die agrarpolitischen Rahmenbedingungen in den Bereichen Markt, Betrieb und Umwelt verbessern. Einerseits soll die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft zukünftige Chancen eigenständiger und unternehmerischer nutzen können. Andererseits soll die AP22+ dazu beitragen, bestehende Ziellücken in den Bereichen Wirtschaftlichkeit, Ökologie und Soziales zu schliessen.

Die AP22+ baut auf folgenden Zielsetzungen und Stossrichtungen auf:

Im Bereich Markt soll die Position und Wettbewerbskraft der Land- und Ernährungswirtschaft auf den in- und ausländischen Märkten gestärkt und die Wertschöpfung durch eine konsequentere Marktausrichtung erhöht werden. Synergien zwischen Nachhaltigkeit und Markt sollen besser genutzt werden können. Zu diesem Zweck wird die Fokussierung der Milchpreisstützung auf wertschöpfungsstarke Produkte, ein einheitliches GUB/GGA-System für Wein und die Schaffung einer Plattform für Agrarexporte vorgeschlagen.

Im Bereich Betrieb steht die Stärkung des Unternehmertums durch Aufhebung staatlicher Beschränkungen und die Stärkung der betrieblichen Effizienz bei gleichzeitiger Erhaltung von vielfältigen bäuerlichen Betriebsstrukturen im Fokus. Der technologische Fortschritt und die Digitalisierung sollen optimal genutzt werden können. Vorgeschlagene Massnahmen sind insbesondere eine Anpassung des Direktzahlungssystems mit einer Neugestaltung der Versorgungssicherheitsbeiträge, die Modernisierung des Boden- und Pachtrechts zur Erleichterung des Quereinstiegs in die Landwirtschaft und der Einbezug neuer Produktionsformen ins Landwirtschaftsrecht wie die Produktion von Insekten oder Algen zu Nahrungs- und Futterzwecken.

Im Bereich Umwelt und natürliche Ressourcen sollen die Agrarökosystemleistungen langfristig gesichert und die Umweltbelastung sowie der Verbrauch an nicht erneuerbaren Ressourcen weiter reduziert werden. Zu diesem Zweck soll insbesondere der ökologische Leistungsnachweis weiterentwickelt, die Biodiversitätsförderung vereinfacht und wirkungsvoller gestaltet sowie die standortangepasste Landwirtschaft mit regionalen Gesamtkonzepten gefördert werden.

Die AP22+ enthält auch ein Massnahmenpaket zur Trinkwasserinitiative. Damit sollen unter anderem die maximal erlaubte Hofdüngerausbringung pro Fläche gemäss Gewässerschutzgesetz reduziert, im ökologischen Leistungsnachweis Pflanzenschutzmittel mit erhöhtem Umweltrisiko nicht mehr angewendet werden dürfen und der Verzicht auf Pflanzenschutzmittel verstärkt mit Produktionssystembeiträgen gefördert werden. Wenn trotzdem regional zu hohe Stoffeinträge in Gewässern festgestellt werden, sollen Bund und Kantone im Rahmen von regionalen landwirtschaftlichen Strategien regionsspezifische Massnahmen fördern und gezielt die Anforderungen regional verschärfen können.

Die Höhe der landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen 2022-2025 soll nominal weitgehend den in den Jahren 2018 bis 2021 geplanten Ausgaben entsprechen. Vorbehalten bleiben die Entscheide des Bundesrates im Rahmen der Botschaft über die Legislaturplanung 2019-2023 und den Legislaturfinanzplan 2021-2023.

## 4 Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

### 4.1 Grundsätzliche Bemerkungen zur Vorlage

Eine deutliche Mehrheit der Kantone, politischen Parteien und Organisationen unterstützt die strategischen Ziele und Stossrichtungen der AP22+. Begrüsst wird, dass die Eigenverantwortung und das Unternehmertum in der Land- und Ernährungswirtschaft gestärkt, die Wertschöpfung durch mehr Marktausrichtung verbessert und die Umweltbelastung insgesamt reduziert werden sollen. Ebenfalls teilen die Stellungnehmenden mehrheitlich die Ansicht des Bundesrats, dass für die Zielerreichung eine Anpassung der landwirtschaftsrelevanten Gesetzgebung notwendig ist. Einige Kantone (AR, FR, LU, SG, TG) lehnen eine Gesetzesrevision explizit ab. Handlungsbedarf sehen UR, SO, SH, SPS, GPS, GLP, die Vertreter der Umweltseite (WWF, Greenpeace, Pro Natura), die Wasserversorger (SVGW) und Wissensch. CH mit Verweis auf die bestehenden Ziellücken im Umweltbereich. Auch Vertreter der Wirtschaft (u.a. *economiesuisse*) sehen Reformbedarf. Für sie sind strukturelle Anpassungen in der Landwirtschaft dringenden nötig. SZ, CVP und bäuerliche Kreise (u.a. SBV) sehen wenig oder keinen Handlungsbedarf für Gesetzesanpassungen. Sie lehnen insbesondere Änderungen beim Boden- und Pachtrecht ab. Sie argumentieren, dass die mit der Agrarpolitik 2014-2017 implementierten Massnahmen noch nicht verdaut seien und befürchten, dass eine erneute Gesetzesreform die Landwirtschaft überfordern würde.

Ob die Ziele der AP22+ mit den vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen erreicht werden können, wird von den Stellungnehmenden unterschiedlich beurteilt. Die GLP, GPS, SPS und die Umweltkreise (u.a. Pro Natura, WWF) erachten die Vorlage insgesamt als ungenügend, um die Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDG) und die Umweltziele Landwirtschaft zu erreichen. Sie sehen im vorgeschlagenen Massnahmenpaket keine Alternative zur Trinkwasser-Initiative und zur Initiative «Schweiz ohne Pestizide». Einige Kantone (AI, AR, BE, TG, TI), Parteien (GLP, GPS, SPS) und zahlreiche Organisationen (u.a. WWF, Agrarallianz) fordern die Prüfung einer Lenkungsabgabe auf Pflanzenschutzmitteln. Die Umweltseite, BPUK, VD sowie SVGW und Wissensch. CH fordern ambitioniertere Umwelt- und Klimaziele für die AP22+, griffigere Massnahmen im Umweltbereich und generell eine weniger intensive Landwirtschaft. Eine gegensätzliche Haltung dazu vertreten die bäuerlichen und wirtschaftlichen Kreise, für welche die AP22+ zu stark auf die Umwelt fokussiert ist. LDK, BDP, SVP, SBV und SBLV fordern eine grundlegende Korrektur der AP22+ in Richtung Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion, Einkommensverbesserung für die bäuerlichen Familienbetriebe (verbindliches Einkommensziel) und administrative Vereinfachung. Die Wirtschaftsseite (*economiesuisse*, Nestlé) verlangt weniger staatliche Eingriffe und mehr unternehmerische Freiheiten, damit sich die Landwirtschaft auf die Bedürfnisse der Märkte ausrichten kann.

Die Ausklammerung des Themas Grenzschutz in der AP22+ wird von einigen Kantonen, der LDK und der bäuerlichen Seite ausdrücklich begrüsst, wohingegen liberale Kreise (u.a. FDP, *economiesuisse*, WEKO) eine Vernachlässigung der internationalen Komponente als verantwortungslos erachten.

Zahlreiche Stellungnehmende beurteilen die AP22+ im Kontext des neuen Verfassungsartikels 104a Ernährungssicherheit. Für SVP und bäuerliche Kreise wurde der Inlandproduktion nicht genügend Bedeutung beigemessen. GPS und Umweltkreise fordern eine konsequentere Ausrichtung der Agrarpolitik auf die Tragfähigkeit der Ökosysteme (Art. 104a BV Bst. b). Sie vermissen zudem die Berücksichtigung des Themas Foodwaste (Art. 104a BV Bst. e). Wirtschaftskreise bemängeln, dass die grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen (Art. 104a BV Bst. d) ausgeblendet wurden.

Was den Vollzug der AP22+ betrifft, befürchten 19 Kantone, BPUK, LDK, BDP, CVP, GLP, FDP, SVP und verschiedene Organisationen (u.a. SBV, *economiesuisse*), dass die mit der AP22+ zunehmende Vielfalt und Komplexität der Massnahmen zu steigendem administrativen Aufwand führt. Sie fordern explizit eine Vereinfachung der heutigen Massnahmen und eine administrative Entlastung. Die Kantone AG, AR, BE, GE, SZ, TG und TI erachten die AP22+ – insbesondere die vorgeschlagenen Änderungen bei den Direktzahlungen – als zu vage formuliert und zu wenig ausgereift. Sie verlangen einen Marschhalt und eine vertiefte Überprüfung der Praxistauglichkeit mittels Pilotprojekten.

Zum Umfang der finanziellen Mittel, die der Bundesrat der Landwirtschaft von 2022 bis 2025 zur Verfügung stellen will, äussern sich die Stellungnehmenden mit wenigen Ausnahmen positiv. Begrüsst wird, dass die über die landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen gesteuerten Mittel im Vergleich zur Vorperiode weitgehend stabil gehalten werden. GLP und WWF erachten die für die Versorgungssicherheitsbeiträge vorgesehenen Mittel als zu hoch.

## 4.2 Ausgangslage

### *Übersicht*

Die Kantone BE, BL und TG sowie die EKL verlangen, dass in der Übersicht explizit darauf hingewiesen wird, dass die Umweltbelastung unter Berücksichtigung der Tragfähigkeit der Ökosysteme weiter reduziert werden soll.

### *Bisherige Agrarpolitik*

In Bezug auf den heutigen Grenzschutz fordern economiesuisse, Nestlé und Chocosuisse, dass sich die Landwirtschaft auf eine Senkung des Zollschatzes vorbereiten soll, da die verarbeitenden Unternehmen sonst immer mehr zwischen den aussenhandelspolitischen Hammer und den agrarprotektionistischen Amboss geraten. Fenaco und Chocosuisse bestreiten, dass in erster Linie die vor- und nachgelagerte Stufe vom heutigen Grenzschutz profitiert und dass der Grenzschutz ineffizient ist. BIO SUISSE verlangt, dass dem Aspekt Nachhaltigkeit und Handel im Zusammenhang mit der Umsetzung von Verfassungsartikel 104a Buchstabe d mehr Rechnung getragen wird.

Der Kanton TI bemängelt mit Verweis auf den Verfassungsauftrag der dezentralen Besiedelung (Art. 104 BV Abs.1 Bst. c), dass die gegenwärtige Agrarpolitik die Familienbetriebe in der Milchproduktion zu wenig berücksichtigt. Letztere trügen gerade in dezentralen Regionen wie dem Berggebiet zur Beschäftigung bei.

Hinsichtlich der inländischen Marktstrukturen fordern GPS und SWISSAID, dass die Grössen- und Machtverhältnisse in der Wertschöpfungskette in der Botschaft zur AP22+ aufgezeigt werden. Produzentenpreise, Margen, Preisbildungsmechanismen und Abhängigkeiten in der Wertschöpfungskette sollen transparent gemacht werden.

Gemäss den Kantonen SH und NW der BPUK, GPS, GLP, den Umweltverbänden und weiteren Organisationen (z.B. SVGW, Wissenssch. CH) müssen die Lücken im Umweltbereich ernsthafter angegangen werden. Dies soll auf Stufe Ausbildung, Beratung, Vollzug (inkl. Kontrolle) geschehen. SPS und BIO SUISSE heben die Dringlichkeit bei der Behebung der Zieldefizite im Umweltbereich hervor. BIO SUISSE fordert in diesem Zusammenhang, dass die Kosten der Umweltbelastung der Landwirtschaft beziffert werden, während dem der SBLV darauf hinweist, dass für die Erreichung der Umweltziele nicht nur die Landwirtschaft, sondern alle Akteure gefordert seien.

Der Kanton SH und die SAB fordern, den Kulturlandverlust weiter zu senken. SH regt zudem an, die Zusammenhänge zwischen dem Raumplanungsgesetz und der AP22+ im Kapitel Boden ausführlicher darzustellen. Der Schutz der Fruchtfolgeflächen (FFF) soll nach Forderung des SBV primär über eine Minimierung des Landverbrauchs erfolgen. Um die Bewirtschaftung der zur Alpbewirtschaftung genutzten Flächen weiterhin attraktiv zu gestalten, fordern SBV und SAB ein Grossraubtiermanagement.

Mehrere Stellungnehmende (AG, GLP, BirdLife, Greenpeace, Pro Natura, WWF) verlangen, dass die Analyse zum Verlust der Biodiversität vertieft wird. Sie fügen an, dass dem Biodiversitätsverlust nicht nur mit Biodiversitätsbeiträgen begegnet werden könne. Dieser habe vorwiegend mit einer landwirtschaftlichen Produktion zu tun, die über der ökologischen Tragfähigkeit liege. Gemäss AG, BPUK und GLP braucht es einen ganzheitlichen und regional differenzierten Ansatz für eine standortangepasste landwirtschaftliche Nutzung, die der regional unterschiedlichen Tragfähigkeit der Ökosysteme Rechnung trägt.

### *Zukünftige Rahmenbedingungen und Herausforderungen*

GPS, SPS, Agrarallianz, SWISSAID und VKMB möchten, dass die Nachhaltigkeitsziele (SDG) im Bericht stärker betont werden. Die SDG seien als Chance zu verstehen. Mit der AP22+ solle konkreter

aufgezeigt werden, wie die SDG die Umsetzung von Verfassungsartikel 104a unterstützen können. Dabei sollen die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft in der Schweiz sowie nachhaltige Importe im Zentrum stehen.

### 4.3 Grundzüge der Vorlage

#### 4.3.1 Massnahmenpaket Trinkwasserinitiative

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	BS, BL	FDP	-
Bemerkungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die vorgeschlagenen Anpassungen des Ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN) werden begrüsst.</li> <li>Es braucht eine klare, standortangepasste Senkung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln (PSM) – unter Einbezug von alternativen Wirkstoffen und Methoden zur Unkraut- und Schädlingsbekämpfung gemäss aktuellen wissenschaftlich fundierten Forschungsergebnissen.</li> </ul>		
Zustimmung mit Alternativen	BE, UR, SZ, NW, ZG, AR, AI, SG, GR, TG, TI; LDK, KOLAS	SPS, GLP	Bäuerliche Kreise (u.a. SBV); Produzentenorganisationen, fenaco, Umweltkreise (u.a. WWF, Greenpeace), Agrarallianz, COOP, Wissensch. CH, SVGW
Alternativen	<p>SBV:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Keine standortspezifischen Verschärfungen im Rahmen regionaler Strategien oder beim ÖLN</li> <li>Konsequenterer Einhaltung von geltenden Vorgaben aus der Gewässerschutzgesetzgebung</li> <li>Beibehaltung der Hofdüngerbelastungsgrenze bei 3 DGVE pro ha</li> <li>Keine Lenkungsabgaben für PSM (wurde mit AP22+ nicht vorgeschlagen)</li> </ul> <p>SPS, GLP, Umweltkreise, Agrarallianz, COOP, Wissensch. CH, SVGW:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Massnahmenpaket ist wirkungsvoller zu gestalten, insbesondere weitergehende Massnahmen als dies der Aktionsplan PSM vorsieht</li> <li>Einführung einer Lenkungsabgabe auf PSM</li> <li>Aufhebung des reduzierten MWST-Satzes für PSM</li> <li>Stärkere Reduktion der Hofdüngerbelastungsgrenze (tiefer als 2,5 DGVE pro ha)</li> <li>Strengere standortspezifische Vorgaben des Bundes mit konsequenter Umsetzung</li> </ul> <p>Kantone:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Massnahmen gemäss Aktionsplan PSM umsetzen</li> <li>Vertiefte Prüfung einer Lenkungsabgabe für PSM</li> <li>Verbot von PSM im nicht landwirtschaftlichen Bereich</li> <li>Restriktivere Zulassungspraxis für PSM</li> <li>Nicht zu viele Vorgaben der Umweltgesetzgebungen im ÖLN</li> </ul>		
Ablehnung mit Alternativen	LU	GPS	Pro Natura, Migros, Emmi, BIO SUISSE, IGAS

	Kantone	Parteien	Organisationen
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gegenvorschlag muss glaubwürdigere Massnahmen enthalten, insbesondere Lenkungsabgaben auf Produktionsmitteln und Massnahmen zur Senkung der Tierbestände.</li> <li>• Zeitlicher Ablauf soll so gestaltet werden, dass die Stimmbürger/innen in Kenntnis konkreter Beschlüsse des Parlaments entscheiden können.</li> </ul> <p><u>Begründung:</u> Das Massnahmenpaket ist kein überzeugendes Konzept und deshalb untauglich. Da die Volksabstimmung zu den Initiativen vor dem Beschluss des Parlaments zur AP22+ erfolgen soll, ist unsicher, welche Elemente des Massnahmenpakets tatsächlich umgesetzt werden.</p>		
Ablehnung	FR	-	Scienceindustries, economiesuisse
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Lokale Massnahmen, die sich aus den spezifischen Risiken des jeweiligen Betriebsstandorts begründen (z.B. Standort im Gewässerschutzraum), können bei Bedarf sinnvoll sein. Auf pauschale Verbote von PSM mit erhöhten Umweltrisiken ist jedoch zu verzichten.</li> <li>• Gezieltere Kommunikation der Leistungen der Landwirtschaft genügt.</li> </ul>		

#### 4.3.2 Ziele und Indikatoren im Zeithorizont 2022 bis 2025

Die vorgeschlagenen Indikatoren und Zielwerte für den Zeithorizont 2025 wurden von einer grossen Mehrheit der Kantone, Parteien und Organisationen unterstützt oder nicht kommentiert. Stellungnahmen gingen zur internationalen Wettbewerbskraft, zur Begrenzung der Stoffflüsse und zur Entwicklung der Biodiversität ein. Gefordert wurden Erweiterungen des Zielsystems.

##### 4.3.2.1 Verbesserung der Position und Wettbewerbskraft im internationalen Vergleich

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	-	-	SBV, IGöM, JULA, SwissTabac, Swiss Fruit, SKMV, GalloSuisse, SVLT, VPL, Wissensch. CH, GastroSuisse
Kommentare	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ziele werden unterstützt, es wird jedoch darauf verwiesen, dass die Produktionskosten vom hohen Kostenniveau in der Schweiz bestimmt werden.</li> <li>• Eine Angleichung der Preise an internationale Niveaus und die Förderung einer Strategie der Wertschöpfung, der Positionierung im Spitzensegment und der Differenzierung von Schweizer Produkten stehen im Widerspruch zueinander.</li> <li>• Es wird bezweifelt, ob die vorgeschlagenen Massnahmen genügen, um die Ziele zu erreichen.</li> </ul>		
Ablehnung	SZ, ZG; LDK, KOLAS		SALS/ASSAF, SLV, VSGP
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Produkte im oberen Preissegment, die gemäss Konzept erwünscht sind und zur Nachhaltigkeit beitragen, erhöhen das Preisniveau. Deshalb besteht ein Zielkonflikt mit der angestrebten Senkung der Preisdifferenz gegenüber dem Ausland.</li> <li>• Zunehmend ökologisch produzieren und sich gleichzeitig dem ausländischen Preisniveau annähern ist unrealistisch und widersprüchlich.</li> </ul>		

#### 4.3.2.2 Reduktion Stoffflüsse

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	BL, TG	FDP	SBV, SwissTabac, Ökostrom CH, IGöM, JULA, VPL, SKMV, Gastro-Suisse
Kommentare	<ul style="list-style-type: none"> <li>Vorgeschlagene Ziele im Bereich Stickstoff und Phosphor sind realistischer als bisherige Zielwerte.</li> <li>Es fehlen Massnahmen, die zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft führen.</li> </ul>		
Zustimmung mit Alternativen	ZH, BE, LU, UR, NW; BPUK	GLP, GPS	Vision Lw, BBL, EKL, Wissensch. CH, KWL, SAG
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die langfristigen Ammoniak-, Stickstoff- und Phosphor-Reduktionsziele sind auf die Umweltziele Landwirtschaft (UZL) auszurichten.</li> <li>Es ist aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen das Ziel einer Minderung der Treibhausgasemissionen von 10% bis 2025 erreicht werden kann.</li> <li>Der Zielwert 2025 für die Reduktion im Bereich Stickstoff ist auf mindestens 20 % zu erhöhen.</li> </ul> <p><u>Begründung:</u> Der Absenkungspfad bei Ammoniak (gemäss UZL auf 25'000 t) ist stark in Verzug. Ein Reduktionsziel von 10 % ist gemessen am Handlungsbedarf zu wenig ambitiös. Mit einer konsequenten Umsetzung der ammoniakmindernden Massnahmen aus der Vollzugshilfe «Baulicher Umweltschutz in der Landwirtschaft» sowie emissionsmindernden Bewirtschaftungsmassnahmen wäre ein Etappenziel von mindestens 20 % erreichbar.</p>		
Ablehnung	-	-	Swiss Fruit
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Eine weitere Reduktion der Stickstoff- und Phosphorüberschüsse verunmöglicht eine naturnahe Produktion im Obst- und Beerenbau.</li> </ul>		

#### 4.3.2.3 Erhaltung der Biodiversität

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	ZH, BE, BL, TG	FDP	SBV, IGöM, Swiss-Seed, Swiss Fruit, SwissTabac, SKMV, SLV, SALS/ASSAF, VGKS, GalloSuisse
Kommentare	<ul style="list-style-type: none"> <li>Klare und objektive Indikatoren fehlen.</li> <li>Ziele müssen mittelfristig ambitionierter sein.</li> <li>Als Ziel für 2030 ist aufzuführen, dass die Landwirtschaft ihren Beitrag zur Realisierung der ökologischen Infrastruktur leistet.</li> </ul>		
Ablehnung mit Alternativen	AG, VS; BPUK	GLP	Wissensch. CH, BBL, ENHK, FiBl, WWF, Pro Natura, Greenpeace, Birdlife

Kantone	Parteien	Organisationen
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ambitiösere Zielsetzung notwendig; Verbesserung statt Erhaltung der Biodiversität muss angestrebt werden.</li> <li>Es braucht einen ganzheitlichen Ansatz, der in Richtung einer standortangepassten landwirtschaftlichen Nutzung geht.</li> </ul> <p><u>Begründung:</u> Zu wenig griffig formulierte Zielwerte sind für eine Trendwende ungenügend. Die landwirtschaftliche Produktion darf nicht über die ökologische Tragfähigkeit hinausgehen. Die hohen Futtermittel- und Düngemittelimporte sowie der hohe Pestizideinsatz kombiniert mit einer hohen mechanischen Bearbeitungsintensität sind die Haupttreiber für den Biodiversitätsverlust.</p>	

#### 4.3.2.4 Weitere Ziele und Indikatoren

Verschiedene Stellungnehmende fordern weitere Ziele und Indikatoren, die in der Vernehmlassung nicht vorgeschlagen wurden.

Vorschläge	Kantone	Parteien	Organisationen
Zielwerte für Zeit nach 2025 aufnehmen	NW, GL	SPS	
Indikatoren für die Beurteilung der Schweizer Agrarpolitik gemäss Vorschlag Vision Landwirtschaft vom März 2019 übernehmen		SPS	BirdLife, oeku, Greenpeace, NF CH, Pro Natura, Vogelwarte, Vision Lw, PICUS, Ala, A Rocha, SAG
Alle UZL explizit aufnehmen und bis 2025 anstreben.	BPUK	SPS, GPS	BirdLife, oeku, Greenpeace, KWL, Agrarallianz, NF CH, Pro Natura, Vogelwarte, Ala, Vision Lw, WWF, PICUS, BIO SUISSE, Vision Lw, BBL, EKL, Wissensch. CH
Zusätzliches Ziel: Bio-Anbaufläche erhöhen		SPS	VKMB, BIO SUISSE
Zusätzliches Ziel: Betriebsvielfalt erhöhen		SPS, GPS	Agrarallianz, VKMB
Zusätzliches Ziel: Landschaftsqualität verbessern			SL, geosuisse, SIA, SVU
Zusätzliches Ziel: Reduktion der Differenz zwischen Erwerbseinkommen der Bauernfamilien und vergleichbaren Einkommen um 50 % bis 2025			SBV, IGöM, SKMV, VPL, JULA, GalloSuisse
Zusätzliches Ziel: Anteil der Produzenten am Konsumentenfranken um 10 % erhöhen			SBV
Indikator für Resilienz und Vielfalt im Bereich Ernährungssicherheit definieren			SALS/ASSAF, SLV

#### 4.4 Allgemeine Grundsätze (1. Titel LwG)

##### 4.4.1 Innovationsförderung (Wissensverwertung)

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	BE, LU, UR, ZG, SO, BL, GR, GE; LDK, KOLAS	BDP, GPS	Agrarallianz, BIO SUISSE, Swissaid, fial, primavera, VSGP, Swiss Fruit, SwissOlio, DSM, VMI, BSM, BO Butter, SVV, SFF, Nestlé, Emmi CH, Migros, SCFA, IG D, IGAS, kf
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Nutzbarmachung von Wissen soll explizit unterstützt werden.</li> <li>Die Ausweitung des Anwendungsbereichs auf die Land- und Ernährungswirtschaft wird begrüsst. Für den Markterfolg soll in der Regel die gesamte Wertschöpfungskette zusammenarbeiten.</li> </ul>		
Zustimmung mit Alternativen	ZH, GL, AG, TG, JU		SBV, SBLV, JULA, Uniterre, IGöM, VPL, SMP, Prolait, SGPV, Swissem, swiss granum, Holstein, ACCCS, SKMV, SZZV, BO Schafe, GalloSuisse, SGP, FSV, SEVS, ANCV, SVSW, IVVS, VITISWISS, SVLT, Swiss Tabac, Permakultur Lw, AGRIDEA, BFS, Wissensch. CH, Pärke
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Weglassen des Begriffs «Ernährungswirtschaft» und Konzentration auf die Landwirtschaft</li> <li>«Vernetzung der Akteure» anstatt «Verwertung des Wissens»</li> <li>Auch die Biodiversitätsförderung und die Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft aufnehmen</li> </ul>		

##### 4.4.2 Digitalisierung

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	ZH, BE, LU, UR, SZ, ZG, FR, SO, BL, AR, AI, GR, AG, TG, GE; LDK, KOLAS	BDP	BIO SUISSE, SGPV, SVV, ASR, BO Butter, BSM, swiss granum, Swissherdbook, fial, VMI, Nestlé, Emmi CH, fenaco, AGRIDEA, BFS, , IG D, COOP, IGAS, GastroSuisse, kf
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Grosses Potenzial für den gesamten Sektor, insbesondere bezüglich administrativer Entlastung der Landwirtschaft und der Vollzugsorgane</li> </ul>		
Zustimmung mit Alternativen	SG, JU		SBV, SBLV, JULA, SAB, VPL, DSM, SMP, Prolait, Holstein, GalloSuisse, SGP, SZZV, SKMV, BO Schafe, Swissem, ACCCS, ANCV, SVSW, VITISWISS, VSGP, FSV, IVVS, SEVS, Migros, Swiss Tabac, Wissensch. CH, IGöM, Permakultur Lw, SVLT, Pärke

	Kantone	Parteien	Organisationen
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Weglassen des Begriffs «Ernährungswirtschaft» und Konzentration auf die Landwirtschaft</li> <li>Die Digitalisierung soll insbesondere zur administrativen Vereinfachung beitragen und die Qualität und Nachhaltigkeit fördern.</li> <li>Die Digitalisierung soll unter Berücksichtigung der Datenhoheit des Bewirtschafters und Einhaltung des Datenschutzes erfolgen.</li> </ul>		
Ablehnung			WEKO, Uniterre
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Digitalisierungsförderung widerspricht dem Grundsatz der Technologieutralität.</li> <li>Das Landwirtschaftsbudget darf nicht für die Digitalisierungsförderung eingesetzt werden.</li> </ul>		

Im Übrigen haben sich Kantone, Parteien und Verbände zu den Artikeln 165 c-g LwG im Zusammenhang mit der Digitalisierung geäußert. Die entsprechende Tabelle zu den Stellungnahmen ist unter Ziffer 4.11.1 zu finden.

#### 4.4.3 Erweiterung Geltungsbereich (Aquakulturen)

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	NW, OW		
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Ausdehnung des Geltungsbereichs auf alle lebenden Organismen für die Nahrungs- und Futtermittelproduktion entspricht einem aktuellen Trend.</li> </ul>		
Ablehnung			BirdLife ZH, economiesuisse, Picus
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Befürchtung einer Ausdehnung der Bautätigkeit ausserhalb der Bauzone</li> <li>Eine staatliche Förderung ist nicht nötig. Die neuen Angebote sollen sich einzig aufgrund guter Marktchancen etablieren.</li> </ul>		

## 4.5 Produktion und Absatz (2. Titel LwG)

### 4.5.1 Zulagen Milchwirtschaft

#### 4.5.1.1 Reduktion der Zulage für verkäste Milch

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	FR, JU, VS; KOLAS, LDK	SPS, GPS	VKMB, AOP-IGP, AGORA, Wissensch. CH, FRC, Agraral- lianz
Argument	<ul style="list-style-type: none"> <li>Damit wird verhindert, dass Beiträge für Käse von minderwertiger Qualität ausbezahlt und damit Fehlanreize gesetzt werden.</li> </ul>		
Ablehnung	BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, SO, AI, SG, GR, AG, TG, NE, GE; KOLAS, LDK	BDP, SVP	SMP, Holstein, SBV, SRP, Jula, SAV, GalloSuisse, SAB, SBLV, BIO SUISSE, SALS, SLV, VMI, BO Butter, BSM, SGWH, Fromarte, BO Milch, SCM, Gruyère, WEKO,
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Reduktion der Zulage für verkäste Milch um 2 Rappen bedeutet eine Senkung des Molkereimilchpreises im gleichen Umfang und somit ein Verlust an Wertschöpfung von 70 Millionen CHF auf dem Inlandmarkt.</li> <li>Die Reduktion der Zulage löst das Problem der Produktion von Käse mit tiefem Fettgehalt nicht. Eine Abstufung der Zulage für verkäste Milch nach Fettgehalt des Käses ist einfacher und effizienter.</li> <li>Die als Ausgleichsinstrument in einem teilgeöffneten Markt eingeführte Zulage für verkäste Milch soll nicht geschwächt werden. Die Milchpreisdifferenz zur EU ist in den vergangenen Jahren wieder angestiegen. Die Situation auf dem Käsemarkt ist daher angespannt.</li> <li>Produkte, die dem internationalen Markt stark ausgesetzt sind, würden entweder aus der Inlandverarbeitung verschwinden oder es würde ein hoher Druck auf den Milchpreis entstehen.</li> <li>Produktbezogene Beiträge sind generell aufzuheben (WEKO).</li> </ul>		

#### 4.5.1.2 Auszahlung der Zulage für Fütterung ohne Silage für sämtliche vermarktete silofreie Milch von Ganzjahresbetrieben

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	VS, GE	SPS	Wissensch. CH, FRC, VKMB
Zustimmung mit Alternativen	GR	-	SAB
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zulage für Fütterung ohne Silage soll wie bisher auch für die von Sömmerungsbetrieben vermarktete Milch ausbezahlt werden. Mehraufwand für silofreie Produktion ist auch auf Sömmerungsbetrieben vorhanden.</li> </ul>		
Ablehnung	BE, LU, UR, SZ, OW, ZG, GL, SO, SG, AI, NE; KOLAS, LDK	BDP	SBV, SMP, Jula, AOP-IGP, AGORA, Holstein, SAV, GalloSuisse, SALS, BO Milch, SCM, SLV, VMI, BO But- ter, BSM, SGWH, Fromarte, Gru- yère, BIO SUISSE, SRP, SBLV, WEKO

	Kantone	Parteien	Organisationen
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zulage für Fütterung ohne Silage soll weiterhin nur für Milch gewährt werden, die zu entsprechenden Milchprodukten (Rohmilchkäse) verarbeitet wird.</li> <li>Mit Entkoppelung würde die Qualitätsstrategie als Begründung für die Zulage für Fütterung ohne Silage weitestgehend wegfallen.</li> <li>Wird die Zulage unabhängig von der Verwertung ausgerichtet, können marktfremde und kontraproduktive Anreize zur Produktion von Milch höchster Qualität entstehen, die keinen entsprechenden Absatz hat. Aktuell hat es ausreichend silofrei produzierte Milch auf dem Markt.</li> <li>Zum Ausgleich der höheren Produktionskosten für silofreie Milch reicht die aktuelle Zulage von 3 Rappen aus. Ein allfälliger zusätzlicher Betrag ist am Markt zu realisieren.</li> <li>Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb eine spezifische Milchproduktionsart besonders gestützt werden soll und andere nicht wie zum Beispiel Bio- oder Weidemilch.</li> <li>Zulage soll weiterhin über die Milchverarbeiter ausbezahlt werden. Die aktuellen Kontrollen und die aktuelle Transparenz reichen aus.</li> <li>Produktbezogene Beiträge sind generell aufzuheben (WEKO).</li> </ul>		

#### 4.5.1.3 Erhöhung der Zulage für Fütterung ohne Silage auf 6 Rappen

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	UR, OW, FR, AG, VS, NE	SPS, GPS	AOP-IGP, Gruyère, Uniterre, FRC, VKMB, Wissensch. CH
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Deckt sich mit der Zielsetzung "Grasland Schweiz".</li> <li>Damit wird Qualitätsmilch auf Basis von Raufutter gefördert.</li> <li>Förderung der Produktion von Spezialitäten mit hohem Mehrwert, einschliesslich Rohmilchkäse.</li> <li>Die verringerte Silageproduktion wirkt sich potenziell positiv auf die Umwelt (z.B. Reduktion des Verbrauchs von Plastikfolie, geringerer Düngereinsatz) und die Biodiversität (Schnitt erfolgt wetterangepasst und tendenziell später) aus.</li> </ul>		
Zustimmung mit Alternativen	BE, LU, NW, SZ, ZG, AI, SG; KOLAS, LDK	BDP	SMP, SBV, Holstein, BO Milch, GalloSuisse, SALS, SAB, Fromarte, SCM, BO Butter, BSM, SRP, SAV
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Pro Rappen Erhöhung der Zulage für Fütterung ohne Silage braucht es zwingend rund 10 Millionen CHF zusätzliche Mittel.</li> <li>Die Sömmerungsbetriebe sollen ebenfalls von der Erhöhung der Zulage für Fütterung ohne Silage profitieren können.</li> <li>Werden die zusätzlichen Mittel über eine Reduktion der Zulage für verkäste Milch beschafft, dann sollen zur Kompensation die Sömmerungsbeiträge für Milchkühe erhöht werden.</li> </ul>		
Ablehnung	–	SVP	SGWH, VMI, BIO SUISSE, SBLV, WEKO
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die unterschiedlichen Qualitäten der Produktion mit und ohne Silage sollen wie heute am Ladentisch mit unterschiedlicher Konsumentenpreisen entschädigt werden.</li> <li>Der Markt ist bereits heute ausreichend mit silofreier Milch versorgt.</li> <li>Produktbezogene Beiträge sind generell aufzuheben (WEKO).</li> </ul>		

	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die vorgeschlagene Lösung würde industriell produzierte Käsesorten wie Mozzarella, Raclette Suisse oder Hüttenkäse unbegründet benachteiligen und zu einer Wettbewerbsverzerrung führen.</li> <li>Die Umlagerung zu Gunsten der silofreien Milch ist ein unnötiger Markteingriff durch den Bund.</li> </ul>
--	--

#### 4.5.2 Aufhebung der Beiträge zur Anpassung der Produktion von Früchten und Gemüse an die Erfordernisse der Märkte

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	BE, UR, ZG; LDK, KOLAS	GPS, GLP	economiesuisse, 18 nationale und überregionale Organisationen (z.B. Agrarallianz, Pro Natura, Swiss Fruit, Vision Landwirtschaft, VSGP, WEKO, WWF)
Ablehnung	SZ, FR, JU	-	SBV, 21 nationale und überregionale Organisationen (z.B. AGORA, SALS/ASSAF)
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ohne Beiträge drohen noch grössere Rückbehalte und damit tiefere Preise im Bereich Mostobst.</li> </ul>		

#### 4.5.3 Weinwirtschaft

##### 4.5.4.1 Rebsortenverzeichnis

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	ZG, JU; LDK, KOLAS		Prométerre
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Aufhebung ist nachvollziehbar.</li> </ul>		
Ablehnung	SH, AR		SBV und 9 weitere nationale nicht aus der Weinbranche stammende Organisationen, 7 nationale Weinwirtschaftsorganisationen (z.B. BSRW und FSV)
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Art. 62 ist notwendig, um die Kriterien zu definieren, die für die Aufnahme einer Rebsorte ins Rebsortenverzeichnis relevant sind.</li> </ul>		

##### 4.5.3.2 Weinklassierung

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	BE, SO, TG, VS, JU	GPS	5 nationale Organisationen (z.B. FRC, Agrarallianz)
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verantwortlichkeit der Weinwirtschaft wird gestärkt, Kantone werden entlastet</li> <li>Segmentierung ist besser dem Markt angepasst</li> <li>Konsumenten- und Täuschungsschutz werden verbessert</li> </ul>		
Zustimmung mit Alternativen	ZG, FR; LDK, KOLAS	BDP	AOP-IGP, 4 Organisationen (z.B. IVV, CVA)

	Kantone	Parteien	Organisationen
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>In Absprache mit der Weinwirtschaft neue Bestimmungen festlegen, insbesondere, indem: <ul style="list-style-type: none"> <li>eine Lösung gefunden wird, um den Status quo der Weinbereitung in der Deutschschweiz aufrechterhalten zu können;</li> <li>sichergestellt wird, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Weine gegenüber den ausländischen Weinen nicht beeinträchtigt wird.</li> </ul> </li> </ul>		
Ablehnung mit Alternativen	VD, NE		SBV, BRSW, FSV und 3 weitere nationale Weinwirtschaftsorganisationen, 11 nationale nicht aus der Weinbranche stammende Organisationen (z.B. IGöM, JULA), COOP
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Inkraftsetzung verschieben, weil die Branche noch nicht bereit</li> <li>Übergangszeit verlängern und finanzielle Unterstützung erhöhen</li> <li>Sich bezüglich der 11 von der FSV eingereichten Kriterien einigen, bevor der Vorschlag wieder aufgenommen wird: Es werden Zugeständnisse verlangt, namentlich bezüglich des Gebiets für die Weinbereitung, der zugelassenen Rebsorten und der Anforderungen an die Angabe zusätzlicher geografischer Namen</li> </ul>		
Ablehnung	ZH, LU, SZ, BL, SH, AR, SG, GR, AG, TI, GE		SGV, fenaco, VSW, SEVS, BDW, SALS/ASSAF
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Aktuelle Weinklassierung ist zufriedenstellend</li> <li>Konsequenzen der Anpassung lassen sich kaum abschätzen</li> <li>Im Falle der Weine mit AOP und IGP wird die Beschränkung der Weinherstellung auf das geografische Ursprungsgebiet der Trauben abgelehnt.</li> </ul>		

#### 4.5.4 Höchstbestandesverordnung

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	BE, ZG, BL, AI, SG; KOLAS		Bäuerliche Kreise (SBV, Produzentenorganisationen)
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Flexibilisierung ist zweckmässig.</li> <li>Bessere Verwertung von Nebenprodukten und Lebensmittelabfällen</li> </ul>		
Zustimmung mit Alternativen			SFF, SVV, Suisseporcs, WEKO, CAJB, Prométerre,
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Aufhebung der Höchstbestände</li> <li>Festlegung der Höchstbestände pro Produktionsstätte und nicht pro Betrieb</li> </ul>		
Ablehnung	AR	SPS	BO Schafe; VKMB, TIF
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bäuerliche Betriebe sind ausreichend in der Lage, Lebensmittelnebenprodukte zu verwerten.</li> <li>Keine Förderung der zunehmenden Massentierhaltung</li> <li>Keine Aufweichung der Höchstbestände</li> </ul>		

	Kantone	Parteien	Organisationen
Ablehnung mit gegensätzlichem Vorschlag	SG	jGrüne	Umwelt-, Tier- und Konsumentenschutzkreise (z.B. Pro Natura, WWF, STS, FRC)
Gegensätzlicher Vorschlag	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Festlegung von maximalen Herdengrössen pro Stall, damit Auslauf und BTS funktionieren sowie tiefere Besatzdichten</li> <li>• Höchstbestände sollen mehr an den Boden gekoppelt werden, da erhöhte Tierbestände inkohärent mit Klima- und Umweltzielen sind.</li> <li>• Grösse der Tierbestände pro Betrieb soll über die Futterbaukapazität sowie regionale Sachverhalte definiert werden.</li> <li>• Erweiterung der Höchstbestände auf weitere Gattungen. z.B. Rinder</li> </ul>		

#### 4.6 Fragebogen zur Marktstützung

##### 4.6.1 Befürworten Sie die Aufhebung der Inlandleistung als Kriterium bei der Verteilung von Zollkontingenten?

Der Fragebogen wurde von 210 Stellungnehmenden beantwortet. Da die Zusatzfragen zur Verwendung der zusätzlichen Einnahmen durch Versteigerungen von Kontingentsanteilen in vielen ablehnenden Fragebogen nicht beantwortet wurde, wird an dieser Stelle auf deren Auswertung verzichtet.

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	-	FDP, SP, GLP	economiesuisse, WEKO, SKS, VSKT, GastroSuisse, Società Mastri Macellai Salumieri, Vision LW, Umweltorganisationen wie Pro Natura, WWF, Greenpeace, Vogelwarte, BirdLife, PICUS
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Inlandleistungen schaffen Renten für Importeure, haben einen bewahrenden Effekt auf bestehende Handelsstrukturen und behindern den Eintritt von neuen Akteuren.</li> </ul>		
Zustimmung mit Alternativen	-	BDP	Agrarallianz
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zuteilungssystem einführen, das Art. 104a BV berücksichtigt, z.B. Versteigerungssystem, das nachhaltige Produktionssysteme privilegiert</li> <li>• Inlandleistung nicht sofort abschaffen, sondern in mehreren Schritten</li> </ul>		
Ablehnung mit Alternativen	-	-	BIO SUISSE, SFF und andere Verbände aus der Fleischbranche
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Inlandleistung soll noch vermehrt als Zuteilungskriterium gebraucht werden (inkl. Abschaffung der Versteigerung).</li> <li>• Inlandleistung nur abschaffen, wenn mit einem anderen System ein gleichwertiger Schutz der Inlandproduktion gewährleistet werden kann</li> </ul>		
Ablehnung	Kantone; KOLAS, LDK	SVP, CVP, GPS	SBV, VKMB und die meisten anderen bäuerlichen Organisationen, Proviande, swiss granum und andere Branchenorganisationen, kf, SWISSCOFEL, SCFA, primavera, SAB, SGV, AGRIDEA, KAGfreiland, COOP, Bell, Migros, BINA

<b>Argumente</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bewährtes Instrument, wirkt stabilisierend auf Produzentenpreise und führt zu höheren Markterlösen. System setzt Anreiz zur Übernahme von Inland- statt Importware.</li> </ul>
------------------	---

**4.6.2 Befürworten Sie die Aufhebung der Beiträge an die Marktentlastungsmassnahmen für Fleisch?**

	Kantone	Parteien	Organisationen
<b>Zustimmung</b>	-	FDP, GLP, SPS	economiesuisse, Vision Landwirtschaft, FRC, Greenpeace, WWF, Pro Natura, Vogelwarte, SKS, primavera, VKMB, Bioterra, WEKO
<b>Argumente</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Strukturen werden zementiert und Marktausrichtung der Branche wird behindert. Mehrerträge sollen in die Bundeskasse fliessen und den Steuerzahlenden zugutekommen.</li> <li>• Der Bericht der EFK zur Wirtschaftlichkeit der Finanzhilfen zeigt, dass die Massnahme abgeschafft werden sollte.</li> <li>• Selbstverantwortung und Marktausrichtung der Branche werden mit Marktentlastungsmassnahmen behindert.</li> </ul>		
<b>Zustimmung mit Alternativen</b>		GPS	Agrarallianz, COOP, Migros
<b>Alternativen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zur Ablösung des bisherigen Systems könnten die finanziellen Mittel alternativ in der Periode 2022–25 als Projektbeiträge an die Branche ausbezahlt werden.</li> <li>• Dadurch kann langfristig eine Branchenlösung aufgebaut werden, die ohne Bundesmittel auskommt und gleichzeitig zum Erhalt der bestehenden Marktmechanismen beiträgt.</li> </ul>		
<b>Ablehnung</b>	BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, BL, AI, SG, GR, AG, TI, VD, VS, NE, GE, JU; LDK, KOLAS	CVP, SVP	SBV, SGP, SMP, SRP, SAV, ASR, SKMV, swissherdbook, IGöM, JULA, Mutterkuh Schweiz, SLV, SSZV, SZZV, Suisseporcs, Swiss Beef, Uniterre, ZVCH, AGORA, FSFM, SGPV, GalloSuisse, SBLV; Proviande, BO Schafe; SAB, SFF, STS, SVV, GastroSuisse, Bell, fenaco, SALS, VSF
<b>Argumente</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bisheriges System hat sich bewährt und hat positive Wirkung auf die Einkommen der Kälbermäster.</li> <li>• Dank den Marktentlastungsmassnahmen konnte in den vergangenen Jahren verhindert werden, dass die Produzentenpreise stark gesunken sind und grossen Schwankungen unterliegen.</li> <li>• Kälbermast findet vor allem im einkommensschwachen Berggebiet statt, das Berggebiet würde verlieren.</li> </ul>		

**4.6.3 Befürworten Sie die Aufhebung der Beiträge an die Marktentlastungsmassnahmen für Eier?**

	Kantone	Parteien	Organisationen
<b>Zustimmung</b>	-	FDP, GLP, SPS	Bioterra, VKMB, economiesuisse, Vision Landwirtschaft, FRC, SKS, Greenpeace,

	Kantone	Parteien	Organisationen
			WWF, Pro Natura, Vogelwarte, primavera, WEKO
<b>Argumente</b>			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Strukturen werden zementiert und Marktausrichtung der Branche wird behindert. Die Mehrerträge sollen in die Bundeskasse fliessen und den Steuerzahlenden zugutekommen.</li> <li>• Der Bericht der EFK zur Wirtschaftlichkeit der Finanzhilfen zeigt, dass die Massnahme abgeschafft werden sollte.</li> <li>• Selbstverantwortung und Marktausrichtung der Branche werden behindert.</li> </ul>
<b>Zustimmung mit Alternativen</b>	-	GPS	Agrarallianz, COOP, Migros
<b>Alternativen</b>			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zur Ablösung des bisherigen Systems könnten die Mittel alternativ in der Periode 2022–25 als Projektbeiträge an die Branche ausbezahlt werden.</li> <li>• Dadurch kann langfristig eine Branchenlösung aufgebaut werden, die ohne Bundesmittel auskommt und gleichzeitig zum Erhalt der bestehenden Marktmechanismen beiträgt.</li> </ul>
<b>Ablehnung</b>	BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, BL, AI, SG, GR, AG, TI, VD, GE, JU; LDK, KOLAS	CVP, SVP	SBV, SGP, SMP, SRP, SAV, ASR, SKMV, swissherdbook, IGöM, JULA, Mutterkuh Schweiz, SLV, SSZV, SZZV, Suisseporcs, Swiss Beef, Uniterre, ZVCH, AGORA, GalloSuisse, SBLV, SGPV, BO Schafe, SAB, SFF, STS, SVV, GastroSuisse, Bell, fenaco, SALS, VSF
<b>Argumente</b>			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bisheriges System hat sich bewährt und hat positive Wirkung auf Einkommen der Eierproduzenten.</li> <li>• Dank Marktentlastungsmassnahmen konnte in den vergangenen Jahren verhindert werden, dass die Produzentenpreise stark gesunken sind und grossen Schwankungen unterliegen.</li> <li>• Eierproduktion lässt sich nicht im gleichen Tempo reduzieren, wie der Markt reagiert - vor allem nach Ostern. Bildlich dargestellt bedeutet dies, dass eine Legehennen bis Ostern zwei Eier und nach Ostern ein halbes Ei pro Tag legen sollte.</li> <li>• Bei einer Abschaffung der Beihilfen werden vorzeitige Schlachtungen von Legehennen nötig werden, diese sind jedoch ethisch schlecht vertretbar. Zudem wird dank den Marktentlastungsmassnahmen food waste verhindert.</li> </ul>

**4.6.4 Befürworten Sie die Aufhebung der Infrastrukturbeiträge für öffentliche Märkte im Berggebiet?**

	Kantone	Parteien	Organisationen
<b>Zustimmung</b>	BE, ZG, BL, SG	FDP, GLP, SPS	economiesuisse, Vision Landwirtschaft, Greenpeace, WWF, Agrarallianz, Pro Natura, Vogelwarte, SKS, STS, primavera, VKMB, Bioterra, WEKO
<b>Argumente</b>			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Da die Infrastrukturen weitgehend erstellt sind, sind die Beiträge nicht nötig. Falls in Zukunft grössere Investitionen auf den öffentlichen</li> </ul>

	Kantone	Parteien	Organisationen
	Märkten notwendig werden, könnten finanzielle Mittel für Strukturverbesserungsmassnahmen eingesetzt werden.		
Ablehnung	LU, UR, SZ, OW, NW, GL, FR, AI, GR, AG, TI, VD, VS, NE, GE, JU; KOLAS	CVP	SBV, SGP, SMP, SRP, SAV, ASR, SKMV, swissherdbook, IGöM, JULA, Mutterkuh Schweiz, SLV, SSZV, SZZV, Suisseporcs, Swiss Beef, Uniterre, ZVCH, AGORA, FSFM, SBLV, SGPV, GalloSuisse, Proviande, BO Schafe, SGV, SAB, SFF, SVV, GastroSuisse, Bell, fenaco, VSF, SALS
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beiträge haben sich bewährt.</li> <li>• Im Moment sind alle Infrastrukturen in gutem Zustand, weshalb zurzeit wenig Beiträge beansprucht werden. Es stehen jedoch neue Vorschriften an, die aufgrund neuer Hygiene- und Sicherheitsansprüche Investitionen auslösen werden, z.B. TVD Schafe.</li> <li>• Tatsache, dass finanzielle Mittel nicht genutzt werden, ist kein Grund die Beiträge zu streichen. Vielmehr ist es ein Zeichen, dass nur bei ausgewiesenem Bedarf Gesuche für Beiträge gestellt werden.</li> <li>• Öffentliche Märkte sind wichtig für das Berggebiet uns müssen erhalten bleiben. Sie sind ein gutes Instrument, um mehr Transparenz in Angebot, Nachfrage und Preisbildung zu bringen.</li> </ul>		

**4.6.5 Befürworten Sie die Aufhebung der finanziellen Unterstützung an die Verwertung von inländischer Schafwolle?**

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	-	FDP, GLP	Economiesuisse, Agrarallianz, Vogelwarte, primavera, WWF, WEKO, Vision Landwirtschaft, Greenpeace, BirdLife, GastroSuisse
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Staatseingriffe, die Branche soll selbstverantwortlich und marktausgerichtet agieren.</li> <li>• Bericht EFK zur Wirtschaftlichkeit der Finanzhilfen zeigt, dass die Massnahme abgeschafft werden soll.</li> </ul>		
Ablehnung	BE, LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, FR, SO, BL, GR, AG, TI, VD, VS, GE, JU; LDK, KOLAS	CVP, GPS	SBV, SAB, SMP, ASR, AGORA, SVSW, ASSAF, BO Schafe, BDW, FRC, FSV, JULA, VKMB, FSFM, VSF, swissherdbook, IGöM, IG Familienbetriebe, Mutterkuh Schweiz, SLV, swissem, Suisseporcs, Swiss Beef, Swiss granum, SwissOlio, Uniterre, GalloSuisse
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bisheriges System hat sich bewährt und hat mitgeholfen, dass die inländische Schafwolle wieder gesammelt und ökologisch sinnvoll verwertet und nicht mehr wie früher teilweise entsorgt wird.</li> <li>• Leistet Beitrag zu angemessenen Wollpreisen für die Produzierenden.</li> <li>• Weiterführung aus ökologischer Sicht sinnvoll, Kosten stehen in einem guten Verhältnis zum Nutzen.</li> <li>• Bei Wegfall der Unterstützung wird die Schweizer Wolle durch ausländische Schafwolle substituiert.</li> </ul>		

- Streichung der Beiträge würde die schon heute vielerorts eher geringen Anreize zur Schafhaltung zusätzlich verringern.

#### 4.6.6 Befürworten Sie die Abschaffung der Beiträge für die Lagerung der betriebsbezogenen Marktreserve in Form von Apfel- und Birnensaftkonzentrat?

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	UR	FDP, GLP	economiesuisse, 17 nationale und überregionale Organisationen (z.B. Agrarallianz, Pro Natura, SKS, WEKO, WWF, Vision Landwirtschaft)
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Preisstützende Beihilfen zementieren bestehende Strukturen und schwächen Selbstverantwortung und Marktausrichtung der Branche.</li> </ul>		
Zustimmung mit Alternativen		BDP, GPS	
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Während der Periode 2022–25 Unterstützung in Form von Projektbeiträgen zur Ablösung des bisherigen Systems; Abschaffung ab 2026</li> <li>• Ablösung in mehreren Schritten realisieren</li> </ul>		
Ablehnung mit Alternativen	ZG, SG; LDK		BIO SUISSE
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Umsetzung mit verstärkter Übertragung der Verantwortung an die Branche</li> <li>• Gelder für die Unterstützung von innovativen Produkten allenfalls über QuNaV zur Verfügung stellen</li> </ul>		
Ablehnung	BE, LU, SZ, OW, GL, FR, BL, AR, GR, AG, VD, VS, GE, JU; KOLAS	CVP	SAB, SGV, SBV, 51 Organisationen (z.B. AGORA, ASG, ENHK, SALS/ASSAF, Swiss Fruit), 4 Unternehmen (z.B. BINA, fenaco)
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Massnahme hat sich bewährt: Sie bringt Marktstabilisierung und reduziert Preisvolatilität auf den Märkten.</li> <li>• Vereinfacht Planung und begrenzt Risiken für Landwirtschaftsbetriebe.</li> <li>• Bei Abschaffung: <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Preiszerfall / negativer Einfluss auf Einkommen der Landwirte</li> <li>○ Mehr Importe</li> <li>○ Fällen von Hochstammbäumen</li> </ul> </li> </ul>		

#### 4.7 Direktzahlungen (3. Titel LwG)

##### 4.7.1 Eintretenskriterien

##### 4.7.1.1 Sozialversicherungsschutz für die mitarbeitende Ehepartnerin

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	VS, NE	BDP, GPS, SPS	Agrarallianz, alliance F, Bergheimat, Bioterra CH, Birdlife, BO Milch, cP, EFS, FiBL, Greenpeace, Mutterkuh, Pro Natura, SGV, SKF, SWISSAID, Uniterre, VKMB, Vision Lw, Vogelwarte, VSGP, WWF

	Kantone	Parteien	Organisationen
<b>Argumente</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektives Problem</li> <li>• Versicherungs- und Vorsorgeschutz wichtig</li> <li>• Wertschätzung der Arbeit über monetäre Werte: Anerkennung der Arbeit der Bäuerin motiviert und hilft dem ganzen Betrieb</li> <li>• Paar muss sich mit seiner Vorsorge und dem Risikoschutz befassen.</li> <li>• Wirkt vorbeugend auf Altersarmut und entlastet öffentliche Hand.</li> <li>• Im Falle von Trennung und Scheidung wird Beweislage einfacher.</li> <li>• Den drei Säulen der Nachhaltigkeit wird Rechnung getragen (Ökonomie, Ökologie, Soziales).</li> <li>• Wichtige gleichstellungspolitische Forderung, die den Empfehlungen der 62. Sitzung der UNO/ECOSOC Kommission zur Stellung der Frau (CEW) entspricht.</li> </ul>		
<b>Zustimmung mit Alternativen</b>	-	-	SBLV, SGB
<b>Alternativen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sozialversicherungsschutz obligatorisch für Betriebsbeitrag</li> <li>• Nationaler Normalarbeitsvertrag einführen</li> </ul>		
<b>Ablehnung mit Alternativen</b>	ZH, GL, ZG, FR, SO, BL, AI, SG, GR, AG, TI, GE, JU; LDK	CVP	ANCV, SCM, Holstein, JULA, Migros, Prolait, SAB, SBV, SKMV, SMP, SwissBeef
<b>Alternativen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sensibilisierung (Kampagnen, Ausbildung)</li> <li>• Beratungspflicht bei Vergabe von Investitionshilfen</li> <li>• Sozialversicherungsschutz obligatorisch bei Vergabe von Investitionshilfen</li> <li>• Sozialversicherungsschutz im Versicherungsrecht regeln und nicht bei den Direktzahlungen</li> <li>• Obligatorische Versicherungs-/Vorsorgeberatung</li> <li>• Fondslösung (Abgabe auf Direktzahlungen), der vom Bund oder einem Berufsverband verwaltet wird</li> </ul>		
<b>Ablehnung</b>	BE, LU, SZ, OW, NW, AR; KOLAS	-	AGORA, GalloSuisse, Hochstamm CH, Prométerre, SAV, SGPV, VMI, VPL, ZMP
<b>Argumente</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sehr aufwendiger Vollzug bei fraglicher Vollzugstauglichkeit</li> <li>• Problem Rechtsunsicherheit / rechtskräftige Steuerveranlagung</li> <li>• Sachfremde Verknüpfung verschiedener Rechtsgebiete</li> <li>• Einmischung in unternehmerische Freiheit / Eigenverantwortung und Privatsphäre</li> <li>• Keine weiteren (administrativen) Auflagen</li> </ul>		

#### 4.7.1.2 Einhaltung der landwirtschaftsrelevanten Bestimmung des NHG

	Kantone	Parteien	Organisationen
<b>Zustimmung</b>	BE, OW, SH, SG, GR, AG, TG, GE	-	Umweltkreise, Agrarallianz, VisionLW
<b>Argumente</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kürzung bei den Direktzahlungen soll nur erfolgen, falls eine Verfügung der zuständigen Behörde vorliegt.</li> </ul>		
<b>Zustimmung mit Alternativen</b>	LU	-	-
<b>Alternativen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zusätzlich soll auch die Heilmittelgesetzgebung aufgeführt werden.</li> </ul>		

	Kantone	Parteien	Organisationen
Ablehnung	SZ, GL, AI	SVP	SBV, bäuerliche Kreise, SAV
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Weitere Verknüpfung anderer Gesetzgebungen mit den Direktzahlungen</li> </ul>		

#### 4.7.1.3 Landwirtschaftliche Ausbildung

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	-	-	SGV, COOP, SGV, SMP
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gute Ausbildung ist wichtig für die erfolgreiche Führung eines Landwirtschaftsbetriebs.</li> </ul>		
Ablehnung mit Alternativen	ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, FR, SO, BL, SH, AI, SG, GR, AG, TG, VS, NE, GE, JU; LDK	BDP, FDP, GPS, GLP, SVP, SPS	SBV, Umweltkreise, Economiesuisse, Migros
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Anforderung «Fachausweis» ist zu hoch. Auch ein Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) oder ein Eidgenössisches Berufsattest (EBA) im Berufsfeld Landwirtschaft sollen genügen.</li> <li>Ausnahmen müssen möglich sein</li> <li>Direktzahlungskurs abschaffen</li> <li>Anforderung EFZ, EBA genügt nicht mehr.</li> <li>Fachausweis Bäuerin / bäuerlicher Haushalteiler soll weiterhin zu Direktzahlungen berechtigen, allenfalls ergänzt mit Modulen Betriebswirtschaft.</li> <li>Ausnahme für das Berggebiet streichen</li> <li>Ausnahme für das Berggebiet analog heute weiterführen</li> <li>Neben der Grundbildung v.a. auch die Weiterbildung fördern. Voraussetzung EFZ mit Ausnahmen (nicht Fachausweis).</li> <li>Heutige Möglichkeit «andere Grundbildung plus Weiterbildung» und «andere Grundbildung plus Praxis» streichen.</li> <li>Vermehrt Betriebsführungsthemen in der Grundbildung aufnehmen.</li> <li>In Grundbildung vermehrt Fragen der biodiversitätsfreundlichen, standortangepassten und ressourcenfreundlichen Landwirtschaft behandeln.</li> <li>Bund soll Ausbildungs- oder Weiterbildungsoffensive finanzieren.</li> <li>Für Betriebe unter 0.5 Standardarbeitskräften (SAK) in allen Zonen auf Ausbildungsanforderungen verzichten.</li> <li>Höhere Ausbildungsanforderungen auch im Bereich Umwelt und Klima.</li> </ul> <p><u>Begründung:</u> Höhere Berufsbildung ist zu begrüßen, sollte aber nicht die Betriebsführung von innovativen Köpfen verhindern, Quereinstieg in die Landwirtschaft soll nicht erschwert werden.</p>		
Ablehnung	-	CVP	-
Argument	<ul style="list-style-type: none"> <li>Der Vorschlag geht zu weit.</li> </ul>		

#### 4.7.1.4 Begrenzung der Summe der Beiträge je Betrieb und je Beitragsart

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung mit Alternativen	SO, SH	SPS, GPS	Umwelt- und Tierschutzorganisationen, Agrarallianz, VKMB
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Tiefere Grenze, z.B. 150'000 CHF pro Betrieb</li> <li>Degression der Beiträge nach Fläche ausbauen, höhere Beiträge für erste Hektaren, danach schrittweise Senkung</li> <li>Keine Begrenzung pro Beitragsart</li> </ul> <p><u>Begründung:</u> Berücksichtigung von Skaleneffekten</p>		
Ablehnung mit Alternativen	BE, LU, UR, SZ, OW, GL, ZG, SO, BL, AI, SG, GR, AG, TG, TI, NE, JU; KOLAS, LDK		SBV, SAB
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Begrenzung der Direktzahlungen wird grundsätzlich begrüsst, aber eine fixe Grenze abgelehnt.</li> <li>Beibehaltung der heutigen Abstufung nach Fläche</li> <li>Flächenabstufung bereits ab 30 oder 40 ha</li> <li>Wiedereinführung einer Abstufung nach Tierzahl</li> <li>Begrenzung nach Beitragsart</li> <li>Begrenzung der Direktzahlungen je SAK beibehalten, Senkung auf 60'000 CHF pro SAK</li> <li>BFF- und LQ-Beiträge von der Begrenzung ausnehmen</li> </ul> <p><u>Begründung:</u> Berücksichtigung von Skaleneffekten</p>		
Ablehnung	-	BDP	WEKO

#### 4.7.2 Ökologischer Leistungsnachweis

##### 4.7.2.1 Artgerechte Haltung der Nutztiere

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	GL	-	Bäuerliche Kreise, Ökostrom CH, Biomasse
Zustimmung mit Alternativen	FR	-	Permakultur Lw
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ergänzen: Haltung der Nutztiere in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Arten und angepasst an die neuen klimatischen Bedingungen</li> <li>Ergänzen : Eine artgerechte Haltung der Nutztiere und ein standortangepasstes Weidemanagement</li> </ul>		
Ablehnung	VS	-	-
Argument	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die artgerechte Tierhaltung wird bereits durch Art. 70a Abs. 1 Bst. c bzw. durch die Tierschutzgesetzgebung abgedeckt.</li> </ul>		

#### 4.7.2.2 Ausreichende Begrenzung der Nährstoffverluste

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	BE, SO	BDP, GLP	Agrarallianz, Greenpeace, WWF, Birdlife, Pro Natura, Wissensch. CH
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Verbesserter Schutz der Ökosysteme und der Gewässer mittels Verschärfung der Suisse Bilanz, Erhöhen des Ausnutzungsgrades von N und P</li> </ul>		
Zustimmung mit Alternativen	BPUK	-	-
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Sofortige Verminderung der Nährstoffüberflüsse u.a. durch emissionsmindernde Ausbringverfahren für Gülle und Massnahmen zur Reduktion der verschmutzten Fläche in Freilaufställen</li> </ul>		
Ablehnung mit Alternativen	-	-	AGORA, JULA, verschiedene Produzentenorganisationen
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bisherige Formulierung «eine ausgeglichene Nährstoffbilanz» beibehalten</li> </ul>		
Ablehnung	ZH, UR, ZG, SZ, OW, SH, AI, GR, AG, TG	SVP	Bäuerliche Verbände
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Hoftorbilanz soll weiterhin freiwillig und ergänzend zur Suisse Bilanz eingesetzt werden.</li> <li>Die Suisse-Bilanz hat sich bewährt, kein Systemwechsel.</li> </ul>		

#### 4.7.2.3 Ausreichende Förderung der Biodiversität

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	GL, AI, AG	-	SMP, VMMO, Greenpeace, Wissensch. CH, BBL, geosuisse, CH Gemeinden, Permakultur Lw, IRL-PLUS ETH
Zustimmung mit Alternativen	-	-	SIA, SVU, VMMO, ZMP, TMP, Wissenschaft. CH, VS GP
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Stärkere Förderung der Biodiversität, welche sich an regionalen Qualitätszielen orientiert</li> <li>Steigerung der Biodiversität im Fruchtfolgegebiet.</li> <li>Erhöhung des notwendigen Anteils Biodiversitätsförderflächen (BFF) auf der Ackerfläche und in Spezialkulturen sowie verstärkte Ausrichtung der Biodiversitätsförderung auf die regionalen Qualitäten und Ziellücken gemäss Operationalisierung der Umweltziele Landwirtschaft</li> <li>Innerhalb des Gewässerraumes sollen nur bestimmte BFF für Direktzahlungen berechtigt sein.</li> </ul> <p><u>Bemerkungen:</u> Flexiblere Biodiversitätsförderung wird begrüsst. Sie könnte aber auch mit der bestehenden Gesetzesformulierung erreicht werden. Zusätzliche Biodiversitätsaspekte sollen auch vom Markt nachgefragt werden.</p>		
Ablehnung mit Alternativen	SZ, ZG, BL	-	Bäuerliche Kreise

	Kantone	Parteien	Organisationen
Alternativen			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Eine «angemessene» statt «ausreichende» Förderung der Biodiversität.</li> <li>• Aufheben der Anforderung von 7 % Biodiversitätsförderflächen</li> <li>• Bei der Definition der „angemessenen Förderung“ muss die Landwirtschaft mitreden können. Die Flächen sollen nicht weiter ausgedehnt, jedoch ihre Qualität und Vernetzung verbessert werden.</li> </ul>

#### 4.7.2.4 Vorschriftsgemässe Bewirtschaftung von Objekten in Inventaren von nationaler Bedeutung

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	UR, OW, GL, SH, AG, GE	-	Bäuerliche und Umweltkreise
Zustimmung mit Alternativen	ZH, BE, UR, OW, SH, AG, TG, NE; BPUK	-	Umweltkreise, Vision Lw, SIA
Alternativen			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufnahme der regionalen Objekte in den ÖLN</li> <li>• Aufnahme der lokalen Objekte in den ÖLN</li> <li>• Wird die Bewirtschaftung der Inventarflächen nicht vertraglich gesichert, so sind für die betreffenden Flächen keine Direktzahlungen auszurichten.</li> </ul>

#### 4.7.2.5 Geregelter Fruchtfolge

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	GL	-	Bäuerliche Kreise
Zustimmung mit Alternativen	-	-	Permakultur Lw
Alternativen			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Erhaltung und gegebenenfalls Steigerung der Fruchtbarkeit und der biologischen Aktivität des Bodens</li> </ul>
Ablehnung mit Alternativen	VS	-	-
Alternativen			<ul style="list-style-type: none"> <li>• «eine Betriebsführung, die die Auswirkungen auf das Klima begrenzt» anstelle einer «geregelter Fruchtfolge»</li> </ul>
Ablehnung	FR	-	-

#### 4.7.2.6 Geeigneter Bodenschutz

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	ZH, UR, NW, GL; BPUK	GPS	Umwelt- und bäuerliche Kreise, Wissensch. CH, CH Gemeinden, SIA
Zustimmung mit Alternativen	NW, SG, GE	GLP	SGPV, Swiss-Seed, VSKP, Swisssem, ACCCS, SVZ, BGS
Alternativen			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausnahmen für meteorologische Extremsituationen vorsehen</li> <li>• Keine zusätzlichen Kontrollpunkte im ÖLN bezüglich Unterbodenverdichtung</li> <li>• Kontrolle der Bodenverdichtung auch beim Einsatz von Maschinen in den Dauerkulturen</li> </ul>

	Kantone	Parteien	Organisationen
			<ul style="list-style-type: none"> <li>Achslastbegrenzung bzw. die Software «terrano» zur Abklärung des Verdichtungsrisikos miteinbeziehen</li> <li>Etablierung von risikobasierten Kontrollen; bei aufgetretener Erosion wird der gesamte Betrieb, nicht nur die Schadensparzelle überprüft.</li> </ul> <p><u>Bemerkungen:</u> Der Bodenschutz soll insbesondere der Erhaltung und Förderung der Bodenqualität dienen. Die Ausgestaltung des geeigneten Bodenschutzes muss auch im Bereich Bodendruck praxistauglich erfolgen.</p>
Ablehnung mit Alternativen	SZ, ZG, SH, AR, GR, TG	-	VSGP
Alternativen			<ul style="list-style-type: none"> <li>Allfällige Massnahmen sollen im Rahmen der Beiträge für standortangepasste Landwirtschaft oder neuen Produktionssystembeiträgen erfolgen.</li> <li>Keine Vorgabe der Nutzung einer bestimmten Software im Rahmen des ÖLN.</li> <li>Die Pflicht für Bodenanalysen soll wieder von 10 auf 5 Jahre verkürzt werden.</li> </ul>
Ablehnung	LU, ZG, FR, SH, AR, SG, GR, TG	-	SVIL, ACCCS, VSA, Swiss Tabac, Prolait, FPVS

#### 4.7.2.7 Umweltschonender Pflanzenschutz

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	LU, GL, FR, SO, SH, AR, SG, JU	-	COOP
Argument			<ul style="list-style-type: none"> <li>Grundsatz ist in Ordnung; er soll nun konkretisiert werden.</li> </ul>
Zustimmung mit Alternativen	AG	-	SBV, JULA, Produzentenorganisationen, bäuerliche Verbände, Economiesuisse, fenaco
Alternativen			<ul style="list-style-type: none"> <li>Einen «effizienten und nachhaltigen» Pflanzenschutz</li> <li>Einen «gezielten und nachhaltigen» Pflanzenschutz</li> </ul> <p><u>Bemerkung:</u> Lenkungsabgabe auf Pflanzenschutzmitteln nicht weiterverfolgen.</p>
Ablehnung mit Alternativen	BE, SZ, ZG, AG, TG; LDK, KOLAS	GLP, GPS	Umweltkreise, BIO-SUISSE, VKMB, Vision Lw, Wissensch. CH
Alternativen			<ul style="list-style-type: none"> <li>Einführung einer Lenkungsabgabe auf PSM</li> <li>Aufhebung des reduzierten Mehrwertsteuersatz für PSM</li> <li>Art. 18 der DZV in LwG übernehmen und umsetzen</li> </ul>

#### 4.7.2.8 Spezifische Anforderungen für bestimmte Gebiete

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	SH, GE; BPUK	GLP, GPS	EKL, Greenpeace, WWF, Birdlife, Pro Natura, VSA, SMP
Argumente			<ul style="list-style-type: none"> <li>Möglichkeit, regionale Probleme anzugehen ohne schweizweite Verschärfung der Anforderungen</li> </ul>

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung mit Alternativen	SO	-	-
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Der Bund definiert zusammen mit den Kantonen ein Set von Anforderungen. Die Kantone legen den Perimeter für bestimmte Ziellücken fest und wählen Anforderungen aus dem Set.</li> </ul>		
Ablehnung mit Alternativen	-	-	Swiss Beef
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zusätzliche Anforderungen angemessen abgelten</li> </ul>		
Ablehnung	UR, SZ, OW, NW, ZG, GL, FR, BL, AI, SG, AG; LDK, KOLAS	SVP	SBV, VS GP, GalloSuisse, VITISWISS, Suisseporcs, KIP
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kantonal unterschiedliche Umsetzung führt zu Marktverzerrungen.</li> <li>Nicht vollzugstauglich</li> </ul>		

#### 4.7.2.9 Einhaltung von Vorgaben des Gewässerschutzes

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	LU, SZ, NW, FR, SO, SH, AR, AG	-	Umweltkreise
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gleichbehandlung von Umweltschutzvorgaben im ÖLN</li> </ul>		
Zustimmung mit Alternativen	-	-	SIA, SVU, Wissensch. CH, EKL, BPUK
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Anpassung Tierbestände und Reduktion Stickstoffüberschüsse</li> <li>Erweiterung auf Einhaltung sämtlicher Vorgaben des Gewässerschutzes</li> <li>Luftreinhaltung auch in den ÖLN aufnehmen</li> </ul>		
Ablehnung	ZH, BE, UR, ZG, GL, TG; LDK, KOLAS	-	SBV, JULA, bäuerliche Verbände und Produzentenorganisationen
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Der ÖLN soll nicht zum Vollzugsinstrument für nicht landwirtschaftliche Gesetzesbereiche mit Vollzugsdefiziten verkommen.</li> <li>Mit der Integration der Vorgaben des Gewässerschutzes in den ÖLN werden die Landwirtschaftsämter zu Vollzugsstellen des Gewässerschutzes ohne bei der Umsetzung mitreden zu können.</li> </ul>		

#### 4.7.3 Versorgungssicherheitsbeiträge: Betriebsbeitrag

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	FR, GR, TI, VD, VS, GE	GPS, GLP	Agrarallianz
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hilft vor allem kleinen Betrieben im Berggebiet.</li> <li>Betriebsbeitrag darf nicht für Sömmerungsbetriebe ausgerichtet werden.</li> <li>Je nach Umfang des Betriebsbeitrags müsste er nach SAK abgestuft werden.</li> </ul>		
Zustimmung mit Alternativen	SO	SPS	Umweltkreise, Vision Lw, economiesuisse, SAB, VKMB

	Kantone	Parteien	Organisationen
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Betriebsbeitrag soll abgestuft werden (z.B. nach SAK).</li> <li>• Betriebsbeitrag besser alimentieren (z.B. auf Kosten des Zonenbeitrags)</li> <li>• Versorgungssicherheitsbeitrag «Betrieb» wird für das Berggebiet unterstützt.</li> <li>• Alternativ wären auch Umverteilungsbeiträge pro Fläche bis zur 20. Hektare möglich.</li> </ul>		
Ablehnung mit Alternativen	LU, ZG, AI, AG, SG, TI; LDK		SBV, SMP, Emmi
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der bisherige Basisbeitrag VSB ist beizubehalten. Die Ziele sind jedoch auszuweiten auf den Erhalt und die Förderung von Betrieben unter schwierigen klimatischen Bedingungen.</li> <li>• Betriebsbeitrag modular aufbauen z.B. nach SAK oder mit verschiedenen Teilbeiträgen (Förderung der Professionalität, Beitrag für offene Märkte etc.).</li> <li>• Sollte der Betriebsbeitrag eingeführt werden, wäre er zwingend abzustufen und einer Untergrenze zu unterstellen.</li> <li>• Betriebsbeitrag höchstens im Berggebiet einführen</li> </ul>		
Ablehnung	ZH, BE, UR, SZ, OW, NW, GL, BL, AR, GR, TG, JU	SVP	-
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Führt zu einer Umlagerung von Geldern</li> <li>• Gibt Anreiz zur Bildung von kleinen Betrieben und für Betriebsteilungen.</li> </ul>		

#### 4.7.4 Versorgungssicherheitsbeiträge (VSB): Zonenbeitrag

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	SZ, ZG, AG, TI, VD, GE; LDK, KOLAS	GPS, SPS	Agrarallianz
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ist eine Vereinfachung des Systems, Abstufung ab 40. Hektare müsste jedoch wieder eingeführt werden.</li> </ul>		
Zustimmung mit Alternativen	FR, VS	-	SBV, economiesuisse
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einzelne Zonen brauchen langfristig weniger Unterstützung, weil sie von einem guten Klima profitieren.</li> <li>• Transfer weiterer Gelder der VSB, Kulturlandschaftsbeiträge (KLB) und Biodiversitätsbeiträge (BDB) Qualitätsstufe I zu einem neuen Flächenbeitrag und Betriebsbeitrag</li> <li>• Die nach Zonen abgestuften Produktionerschwernisbeiträge im Hügel- und Berggebiet nicht senken</li> <li>• Ergänzen mit «... klimatischen und topografischen Erschwernissen»</li> </ul>		
Ablehnung mit Alternativen	SO	-	Umweltkreise

	Kantone	Parteien	Organisationen
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zonenbeitrag ist zu streichen und die heutigen Erschwernisbeiträge für die Bergzonen sind beizubehalten.</li> <li>Grundaussrichtung der Vorlage auf eine markt- und wertschöpfungsorientierte Landwirtschaft ist stärker zu berücksichtigen.</li> </ul>		
Ablehnung	-	GLP	Mutterkuh, SGPV, swiss granum

#### 4.7.5 Versorgungssicherheitsbeiträge (VSB): Beitrag für die offene Ackerfläche und für Dauerkulturen

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	ZG, BL, TI; LDK, KOLAS	GPS, SPS	SBV
Zustimmung mit Alternativen	SH, AG	-	Umweltkreise
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Erhöhung der Beiträge für die offene Ackerfläche und für Dauerkulturen um 50%</li> <li>Die Beiträge sind nur zu gewähren, falls Probleme mit dem Gewässerschutz ausgeschlossen werden können.</li> <li>Prüfen, ob Beiträge nur bis zu einer gewissen Hanglage bezahlt werden sollen</li> </ul>		

#### 4.7.6 Versorgungssicherheitsbeiträge: Aufhebung Mindesttierbesatz

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	LU, SZ, NW, BL	GLP, SPS	SBV, Umweltkreise, einige bäuerliche Organisationen
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ist eine Vereinfachung;</li> <li>Ermöglicht die Übertragung der Beiträge nach den Prinzipien der WTO von der Amber Box zur Green Box.</li> </ul>		
Ablehnung	FR, SO, AR, AI, SG, GR, VS, GE	-	einige bäuerliche Organisationen
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mindesttierbesatz ist ein wichtiges Instrument für die Sicherstellung einer minimalen Bewirtschaftung sehr extensiver Flächen im Berggebiet. Allenfalls könnte er auf Basis von anderen Werten festgelegt werden.</li> </ul>		

#### 4.7.7 Kulturlandschaftsbeiträge: Steillagenbeitrag

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	ZG, FR, BL, GR, AG, TI, VS; LDK, KOLAS	-	-
Argument	<ul style="list-style-type: none"> <li>Vereinfachung des Systems</li> </ul>		
Ablehnung mit Alternativen	OW	GPS	SAB, Agrarallianz, Umweltkreise

<b>Alternativen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Steillagenbeitrag soll nur anhand des Anteils steiler Mähwiesen am Total der Mähwiesen berechnet werden und nicht am Total der LN.</li> <li>• Zusammenführung von Steillagenbeiträgen und Hangbeiträgen kann nur zugestimmt werden, wenn Mittel einzig bei den Hanglagen über 50% Neigung aufgestockt werden.</li> </ul>		
<b>Ablehnung</b>	BE, LU, UR, SZ, NW, GL, AI, SG, TG	GPS, GLP, SPS	SBV, viele bäuerliche Organisationen
<b>Argumente</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Steillagenbeitrag ist eine wichtige Unterstützung der Betriebe, welche sehr viel Handarbeit leisten müssen.</li> <li>• Streichung ist aus Sicht Berggebiet nicht erwünscht.</li> </ul>		

#### 4.7.8 Biodiversitätsbeiträge (Biodiversitätsförderkonzept)

	Kantone	Parteien	Organisationen
<b>Zustimmung</b>	-	GPS	Umweltkreise
<b>Argument</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wirkungsverbesserung der Biodiversitätsförderung ist dringend nötig.</li> </ul>		
<b>Zustimmung mit Alternativen</b>	OW, GL; BPUK	GLP, SPS	Agrarallianz, IP-Suisse, BIO SUISSE, Umweltkreise
<b>Alternativen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Biodiversitätsförderkonzepte in Pilotprojekten prüfen</li> <li>• Berücksichtigung Auswirkungen auf Kontrollwesen</li> <li>• Einführung Biodiversitätsförderkonzepte mit/nach Einführung Beiträge für standortgerechte Landwirtschaft</li> <li>• Minimalstandard für Beratung festlegen</li> <li>• Punktesystem der IP-Suisse oder System Bio übernehmen</li> <li>• Ergebnisse der laufenden Evaluations- und Monitoringprojekte sind abzuwarten und zu berücksichtigen</li> <li>• Nur einführen, wenn der Bund klare Vorgaben zum Inhalt macht</li> </ul>		
<b>Ablehnung mit Alternativen</b>	-	BDP	FiBL
<b>Alternativen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einfachere Gestaltung</li> <li>• Organisatorische und inhaltliche Koordination der Instrumente der Biodiversitätsbeiträge mit der Regionalen Landwirtschaftlichen Strategie (RLS)</li> </ul>		
<b>Ablehnung</b>	ZH, BE, UR, SZ, NW, ZG, FR, SO, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, GE, JU; LDK, KOLAS	FDP, SVP	Bäuerliche Kreise, KIP, PIOCH, Pro Natura, COOP, Migros, SL
<b>Argumente</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Administrativer Aufwand zu hoch bei</li> <li>• Konzepterstellung für BetriebsleiterInnen zu komplex</li> </ul>		

#### 4.7.9 Produktionssystembeiträge (PSB): Pflanzenbau

	Kantone	Parteien	Organisationen
<b>Zustimmung mit Bedingungen I</b>	BE, LU, ZG, SG, GR, AG, TG; LDK, KOLAS	-	Bäuerliche Verbände und Produzentenorganisationen, Umweltkreise, SVIL, Agrarallianz, BIO SUISSE, Wissensch. CH, Klima CH

	Kantone	Parteien	Organisationen
Bedingungen I	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bei der Ausgestaltung hohes Gewicht auf Einfachheit, Verständlichkeit und Vollziehbarkeit legen</li> <li>• Zielbereiche „Bodenfruchtbarkeit“ und „funktionelle Biodiversität“ in die Produktionssystembeiträge integrieren</li> <li>• Die Höhe der Beiträge muss auf die Leistungen der Landwirtinnen und Landwirte abgestimmt sein.</li> <li>• Alle Beiträge müssen auch Biobetrieben zur Verfügung stehen</li> <li>• Klimaschutz in den Produktionssystembeiträgen unbedingt beachten</li> </ul>		
Zustimmung mit Bedingungen II	-	SPS	SBV und bäuerliche Organisationen
Bedingungen II	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bestehende Produktionssysteme (Bio, IP) weiterentwickeln</li> <li>• Zur Förderung nachhaltiger Produktionsformen werden Produktionssystembeiträge ausgerichtet.</li> </ul>		
Zustimmung mit Bedingung III	ZH	GPS	ENHK
Bedingung III	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung PSB «Naturnahe Obstproduktion mit Hochstammbstäumen»</li> </ul>		
Ablehnung der Bedingung III	BL, SG, GR	-	Hochstamm CH, Umweltkreise
Zustimmung mit Bedingung IV	AG	-	KIP, AGRIDEA
Bedingung IV	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Humusbilanz-Rechner ist ein gutes Beratungsinstrument, ist aber nicht tauglich für den Vollzug.</li> </ul>		
Ablehnung mit Alternativen	-	-	SBV, bäuerliche und Produzentenorganisationen
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Art. 75, Abs. 1 Bst. b. Einen nach Nutzungsart, <u>nach Tierkategorie</u> und <u>nach Wirkung umgesetzten Massnahmen</u> abgestuften Beitrag für teilbetriebliche Produktionsformen;</li> <li>• Ressourceneffizienzbeiträge weiterführen und nicht in die Produktionssystembeiträge oder in den ÖLN zu verschieben.</li> </ul>		

#### 4.7.10 Ressourceneffizienzbeiträge (Art. 76 REB aufgehoben)

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	BE, LU, UR, NW, ZG, SH, AG	BDP, GPS	Umweltkreise
Ablehnung	UR, GL, FR, SO, TG	-	Bäuerliche Kreise, AGRIDEA, Ökostrom CH
Alternative I	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Thema Schleppschlauchpflicht im ÖLN / Integration in LRV</li> </ul>		
Zustimmung zur Alternative I	BE	-	Umweltkreise
Ablehnung der Alternative I	LU, UR, OW, NW, FR, BL, AR, AI, GR, TG, VS; LDK, KOLAS	-	Bäuerliche Kreise

	Kantone	Parteien	Organisationen
Alternative II	<ul style="list-style-type: none"> <li>Überführung Phasenfütterung von Schweinen in ÖLN</li> </ul>		
Zustimmung der Alternative II	UR	-	Umweltkreise
Ablehnung der Alternative II	-	-	Bäuerliche Kreise
Alternative III	<ul style="list-style-type: none"> <li>Technische Massnahmen und Anforderungen im Bereich PSM in ÖLN einführen</li> </ul>		
Zustimmung der Alternative III	-	-	Bäuerliche Kreise und Umweltkreise
Ablehnung der Alternative III	ZH, NW, ZG, SG; KOLAS	-	-

#### 4.7.11 Produktionssystembeiträge: Tierwohlbeiträge

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	ZG, AG, TG; LDK, KOLAS	-	SBV und weitere bäuerliche Kreise, GST
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Tierwohl soll weiter gestärkt werden</li> </ul>		
Zustimmung mit Bedingung	-	-	Einzelne bäuerliche Kreise, Milchverbände und -verarbeiter sowie einzelne Tierschutzorganisationen
Bedingung	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ergänzung des Gesetzestextes mit «angemessener Entschädigung für den Mehraufwand» oder «aufwandgerechter Entschädigung»</li> </ul>		

#### 4.7.12 Produktionssystembeiträge: Tiergesundheit

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	NW, SO, SH, AR, VS, GE	BDP, GLP, SPS, jGrüne,	Einzelne bäuerliche Kreise (u.a. BIO SUISSE), Swisshgenetics, GST
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Unterstützung des Paradigmenwechsels vom kurativem zum präventiven Gesundheitsmanagement</li> </ul>		
Zustimmung mit Bedingungen	LU, UR, SZ, OW, SG	GPS	SBV, SAB und weitere bäuerliche Kreise (u.a. SMP, Suisseporc), Verarbeiter (u.a. Emmi CH, Proviande), COOP
Bedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Wegen administrativem Aufwand nur Stufe «Massnahmen», aber nicht Stufe «Ergebnisse» einführen</li> <li>Einführung beider Stufen bereits 2022, nicht erst 2024</li> <li>Berücksichtigung Anbindeställe</li> </ul>		
Ablehnung	ZH, BE, ZG, FR, BL, AI, GR, AG, TG; LDK, KOLAS	-	Umweltkreise (u.a. WWF, BirdLife, Pro Natura, Greenpeace) FibL, Wissenschaften CH
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hoher administrativer Aufwand, schwierig für Vollzug</li> <li>Versteckter Produktionsbeitrag für Tierhalter</li> </ul>		

**4.7.13 Beiträge für eine standortangepasste Landwirtschaft / Regionale landwirtschaftliche Strategien (RLS)**

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	-	FDP, BDP	Economiesuisse, SAB
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mittelfristige Senkung des administrativen Aufwands</li> <li>Stärkung der Handlungsfreiheit und Verantwortung der Kantone bzw. Regionen</li> </ul>		
Zustimmung mit Bedingungen	ZH, LU, UR, OW, NW, GL, ZG, FR, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, VD, NE; LDK, KOLAS	GPS	Planungskreise (ETH, sia, SVU, geosuisse), SKS, ENHK, COOP
Bedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Integration des Bereichs «Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen» in die Beiträge für standortgerechte Landwirtschaft, allenfalls als freiwillige Option</li> <li>Ko-Finanzierungssatz Bund-Kantone auf 90:10 festlegen</li> <li>Verlängerung der Übergangsfrist für laufende Landschaftsqualitäts- und Vernetzungsprojekte</li> <li>Einführung eines Monitoringsystems zur Zielerreichung, Höhe Ko-Finanzierungsanteil Bund flexibel in Abhängigkeit von Beitrag zur Zielerreichung gestalten</li> <li>Finanzierung des Planungsaufwands 100% durch den Bund</li> </ul>		
Ablehnung mit Alternativen	BE, SO, GE, JU; BPUK	GLP	SBV, Teile der bäuerlichen Kreise, Teile der Umweltkreise, Beratungskreise, Wissensch. CH
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Einführung regionaler Konzepte zur Wirkungssteigerung bestehender Instrumente ohne Anpassung der Gesetzesgrundlage</li> <li>Mit Pilotprojekten insbesondere Fragen zu Trägerschaft, Anforderungen an Erarbeitungs- und Bewilligungsprozess und Schnittstellen zur Raumplanung klären.</li> <li>Erst nach Vorliegen der Resultate von Pilotprojekten Rechtsgrundlage schaffen.</li> <li>Schaffung eines Massnahmen- und Finanzpools (Bund und Kantone) aus bestehenden projektbasierten Direktzahlungen zur Förderung von standortspezifischen Massnahmen durch die Kantone</li> <li>Verzicht auf die Einführung von Beiträgen für eine standortgerechte Landwirtschaft, d.h. Beibehaltung Landschaftsqualitätsbeiträge, keine Trennung von Biodiversitätsqualitäts- und Vernetzungsbeitrag.</li> <li>RLS sollten basierend auf den UZL ambitionierte agrarökologische Vorgaben machen für Biodiversitätskonzepte nach Art. 73 Abs. 1 Bst. b</li> <li>Zusammen mit den ÖLN-Anforderungen gemäss Art. 70a Abs. 2 Bst. h sollen die regionalen landwirtschaftlichen Strategien aufzeigen, bis wann die UZL erfüllt werden und wie der Prozess dazu erfolgt.</li> <li>Befristung allfälliger Beiträge nach Art. 76a.</li> <li>Ab 2025 soll das Vorliegen einer RLS Voraussetzung sein für <ul style="list-style-type: none"> <li>die Auszahlung der Versorgungssicherheitsbeiträge</li> <li>den Erhalt von Strukturverbesserungsbeiträgen</li> <li>den Erhalt von Biodiversitätsbeiträge nach Art. 73 Abs. 1 Bst. b</li> </ul> </li> </ul>		
Ablehnung	SZ, TG, TI	SVP	Weitere bäuerliche Kreise und Umweltkreise

	Kantone	Parteien	Organisationen
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Administrativer und finanzieller Aufwand für Strategieerarbeitung zu hoch und Wirkungssteigerung der Beiträge zu gering.</li> <li>• Bestehendes Wissen aus Vernetzungs- und LQ-Projekten geht verloren</li> <li>• Standortspezifische Ziellücken bei den UZL sind mit (regionalen) Verschärfungen des ÖLN effizienter zu schliessen als mit Finanzhilfen. Von letzteren würden v.a. diejenigen Regionen profitieren, in denen grosse Ziellücken bei den UZL bestehen.</li> <li>• Bestehende Beiträge (Landschaftsqualität und ökologische Vernetzung) verfolgen spezifischen Ziele und sollen daher nicht integriert werden. Eine allfällige (regional unterschiedliche) Umverteilung von Finanzen zwischen Teilbereichen der Beiträge für eine standortgerechte Landwirtschaft kann zu einer Schwächung der jeweiligen Zielerreichung (namentlich Landschaftsqualität und ökologische Vernetzung) führen.</li> <li>• Vorgeschlagener Ko-Finanzierungssatz Bund-Kantone (70:30) ist für die Kantone nicht tragbar und führt zu Ungleichbehandlung finanzschwacher Kantone.</li> </ul>		

#### 4.7.14 Übergangsbeiträge

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	LU, SZ, FR, SO, BL, SH, AI, TI, GE	-	SBV
Zustimmung mit Alternativen	BE, NW	-	-
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mit der Fortführung des Beitragskonzepts der AP 14-17 ist der Übergangsbeitrag in der bisherigen Form beizubehalten.</li> </ul>		

### 4.8 Strukturverbesserung (5. Titel LwG)

#### 4.8.1 Aktualisierung der Hauptziele im Grundsatzartikel

Die Hauptziele im Grundsatzartikel 87 LwG werden durchwegs begrüsst. Allerdings wurden zahlreiche Ergänzungen beantragt. Jene mit der breitesten Unterstützung werden nachstehend aufgeführt.

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung mit Alternativen	ZH, UR, SZ, OW, NW, ZG, FR, BL, AI, GR, AG, VS, JU	-	SBV und diverse Bauernverbände, verschiedene Branchenvertretungen
Alternativen zur Formulierung von Art. 87 ( <b>fett</b> = ergänzend zum Vernehmlassungsvorschlag)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe <b>in der einheimischen Produktion</b> zu stärken</li> <li>• die Wettbewerbsfähigkeit <b>der bäuerlichen Familienbetriebe</b> zu stärken</li> <li>• <b>die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum, insbesondere im Berggebiet, zu verbessern</b></li> <li>• die Produktionskapazität der Landwirtschaft zu erhalten <b>und zu verbessern</b></li> </ul>		

	Kantone	Parteien	Organisationen
	<ul style="list-style-type: none"> <li>das Kulturland sowie landwirtschaftliche Bauten und Anlagen vor Verwüstung und Zerstörung durch Naturereignisse zu schützen.</li> </ul>		

#### 4.8.2 Erweiterung der Massnahmen im 5. Titel LwG

Artikel 87a Abs. 1 Bst. d: «Internetanbindung»

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	SZ, NW, ZG, FR, SO, AI, GR; LDK, KOLAS		SAB, SBV, diverse bäuerliche und Branchenverbände
Argumente und Bedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Digitalisierung in der Landwirtschaft soll nicht durch eine fehlende/zu langsame Internetanbindung behindert werden.</li> <li>Grundsätzlich keine Verwendung von Strukturverbesserungsmitteln im Zuständigkeitsbereichs des Service Public.</li> <li>Internetanbindung soll nur subsidiär nach Art. 87a unterstützt werden in Fällen, in denen der Service Public keine oder zu spät Unterstützung bietet.</li> </ul>		

Artikel 87a Abs.1 Bst. h: «gesundes Nutztier und umweltfreundliche Produktion»

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	FR, SO, AI	GPS, GLP	SBV und diverse Bauernverbände, verschiedene Branchenvertretungen, Ökostrom CH, Vision LW, u.a.
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Förderung der Tiergesundheit und der umweltfreundlichen Produktion sind Verfassungsaufträge und von daher unbestrittene agrarpolitische Zielsetzungen.</li> </ul>		
Zustimmung mit Alternative oder Bedingung	SH	-	STS, KAGfreiland
Alternativen und Bedingung	<ul style="list-style-type: none"> <li>Alternative Formulierung des Buchstabens h: Der Bund unterstützt innovative Technologien zur Reduktion von negativen Umweltwirkungen.</li> <li>Der Neuregelung wird lediglich dann zugestimmt, wenn damit auch bauliche Massnahmen für tierechte Haltungssysteme gefördert werden und nicht nur (technologische) Einrichtungen.</li> </ul>		

Artikel 87a Abs.1 Bst. I: «Finanzielle Unterstützung der Erarbeitung von regionalen landwirtschaftlichen Strategien (RLS)»

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	SZ, AI; BPUK	-	-
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Positive Beurteilung ohne weitere Konkretisierung allfälliger Gründe</li> </ul>		
Zustimmung mit Bedingungen	AG	-	WWF, Pro Natura, Greenpeace und weitere Umweltkreise
Bedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Aufnahme ins Gesetz erst nach Auswertung der Pilotprojekte</li> <li>Die Förderung regionaler landwirtschaftlicher Strategien (RLS) wird nur unter gewissen Bedingungen unterstützt (vgl. Ziff. 4.7.13).</li> </ul>		
Ablehnung mit Bedingung	-	-	Vogelwarte

	Kantone	Parteien	Organisationen
<b>Bedingung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Schwachstellen bei den bestehenden Instrumenten Vernetzung und Landschaftsqualität beheben.</li> </ul>		
<b>Ablehnung</b>	BE, SO, SG, JU	GPS, SPS	SBV, AGORA, zahlreiche weitere bäuerliche Kreise, Agrarallianz, Vision LW
<b>Argumente</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Finanzierung der RLS-Planung durch Mittel der Strukturverbesserungen, diese Mittel sollen den Bauernfamilien zukommen und nicht Planungsbüros.</li> <li>Es sollen keine Gelder aus der Strukturverbesserung für die Erarbeitung von Strategien nach Art. 76a LwG verwendet werden, welche die Themenbereiche «Vernetzung der Biodiversitätsförderung» und «Landschaftsqualität» (LQ) betreffen.</li> <li>Widerspruch zum Grundsatz der Aufgabenentflechtung zwischen Bund und Kantonen</li> <li>Die Erfahrung mit der Vernetzung hat gezeigt, dass Vorgaben seitens des Bundes nach unten nivelliert werden und Delegation von komplexen Prozessen nach unten viele Akteure überfordert.</li> <li>RLS führen zu administrativ aufwändigen Prozessen.</li> <li>Grosse Gefahr einer Instrumentalisierung durch Interessengruppen</li> </ul>		

*Zusätzliche neue Fördertatbestände, die in Art. 87a verankert werden sollen*

	Kantone	Parteien	Organisationen
<b>Zustimmung mit Ergänzungsanträgen</b>	GE, JU	GLP	SBV und diverse Bauernverbände, verschiedene Branchenvertretungen
<b>Ergänzungsanträge</b>	<p>Zusätzliche Fördertatbestände werden beantragt, insbesondere Förderung von:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>landwirtschaftlichen Ökonomiegebäuden, Anlagen sowie Pflanzgut (...für mehrjährige Kulturen)</li> <li>Kauf von Boden (durch Investitionskredite)</li> <li>Neubau, Umbau und Verbesserung von landwirtschaftlich genutzten Wohngebäuden</li> <li>Massnahmen zum Aufbau von Humus zur C-Speicherung im Boden</li> <li>Abdeckung von Güllebehältern im Tal- und Berggebiet</li> <li>Basisinfrastruktur im ländlichen Raum, insbesondere die Medien- und Breitbandversorgung</li> <li>innovative Projekte</li> <li>Massnahmen zur Unterstützung und Förderung der Arbeitssicherheit und Arbeitserleichterung.</li> </ul>		

**4.8.3 Optimierung der Struktur im 5. Titel LwG**

	Kantone	Parteien	Organisationen
<b>Zustimmung</b>	BL, SH, AG		SBV und diverse Bauernverbände, verschiedene Branchenvertretungen
<b>Argumente</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erhöhung der Transparenz</li> <li>Verbesserung Lesbarkeit des Gesetzes</li> </ul>		

#### 4.8.4 Wirtschaftlichkeitsprüfung

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	-	-	Greenpeace, Pro Natura, Vogelwarte, WWF und weitere Umweltkreise
Zustimmung mit Bedingungen	LU, UR, SZ, NW, SO, AG, GE	GLP	Vision LW
Bedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Wirtschaftlichkeitsprüfung ist in jedem Fall mit den Regionen (Berggebiete etc.) und den Kantonen zu koordinieren.</li> <li>Der Begriff «Mittelflussprüfung» oder ein ähnlicher Ausdruck würde diese Handlung besser umschreiben.</li> <li>Der Betrieb wird rationell nach den ökologischen Grundsätzen und betriebswirtschaftlich erfolgreich bewirtschaftet.</li> </ul>		
Ablehnung	ZG, BL, TG, VS; LDK, KOLAS	-	CVA
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Eine zusätzliche Wirtschaftlichkeitsprüfung braucht es nicht.</li> <li>Die Kompetenz der Wirtschaftlichkeitsbeurteilung soll wie bis anhin bei den Kreditkassen bleiben.</li> </ul>		

#### 4.8.5 Abschaffung Investitionskredite für Wohngebäude

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	-	GPS	Greenpeace, Pro Natura, Vogelwarte, WWF und weitere Umweltkreise
Ablehnung mit Alternativen	BE, LU, UR, SZ, NW, OW, GL, ZG, FR, BL, AI, GR, AG, TG, GE, JU; LDK, KOLAS	SPS	suissemelio, SAB, Bio-Suisse, SBV und diverse Bauernverbände, verschiedene Branchenvertretungen
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Massnahme weiterführen</li> <li>Unterstützung nur im Berggebiet</li> </ul>		
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Das Wohnhaus ist Teil des Landwirtschaftsbetriebes. Zur Verhinderung von Überschuldung und zusätzlichen Kosten ist auf die Aufhebung der Investitionshilfen an landwirtschaftliche Wohnbauten zu verzichten.</li> <li>Als Finanzierungsbestandteile sind die Investitionskredite für Wohnhäuser auch heute noch absolut wertvoll.</li> </ul>		

#### 4.8.6 Weitere Themen, die nicht Teil der Vernehmlassungsvorlage waren

##### Administrative Vereinfachung

	Kantone	Parteien	Organisationen
Vorschlag (Absender):	LU, FR, ZG, VS; LDK, KOLAS	-	suissemelio
Vorschlag inhaltlich:	<ul style="list-style-type: none"> <li>Betriebshilfedarlehen nach Art. 78ff LwG sollen nicht mehr durch den Bund genehmigt werden.</li> <li>Investitionskredite nach Art. 105ff LwG sollen nicht mehr durch den Bund genehmigt werden.</li> </ul>		

- Bis zu einem Grenzbetrag erfolgt die Zusicherung des Bundesbeitrages durch die Kantone.

#### Kofinanzierung der Strukturverbesserungsmassnahmen

	Kantone	Parteien	Organisationen
Vorschlag (Absender):	BE, LU, UR, FR, SO	-	SBV, diverse Bauernverbände, verschiedene Branchenvertretungen
Vorschlag inhaltlich:	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Obergrenze des Bundesbeitrags an Strukturverbesserungsprojekte beträgt heute 50 Prozent der beitragsberechtigten Kosten. Es kann sein, dass durch die Gewährung von Zusatzprozenten diese Grenze zum limitierenden Faktor wird. Deshalb soll diese obere Grenze auf 70 Prozent erhöht werden.</li> </ul>		

#### Berücksichtigung ökologischer Aspekte

	Kantone	Parteien	Organisationen
Vorschlag (Absender):	SH	GLP, GPS	Agrarallianz, Greenpeace, Pro Natura, Vogelwarte, Vision Lw, WWF und weitere Umweltkreise
Vorschlag inhaltlich:	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Strukturverbesserungsmassnahmen werden unterstützt, sofern die ökologische Tragfähigkeit gewährleistet ist und/oder wenn eine regionale landwirtschaftliche Strategie vorliegt und/oder eine standortangepasste Produktion gefördert wird.</li> <li>• Keine Beiträge erhalten Betriebe, welche im Rahmen der inneren Aufstockung bauen bzw. keine regional geschlossenen Nährstoffkreisläufe nachweisen können.</li> <li>• Investitionshilfen werden nur vergeben, falls die Vorhaben dazu führen, dass die Ammoniakemissionen, die Biodiversität und die Gewässerqualität verbessert oder die Situationen in diesen Bereichen auf hohem Niveau behalten werden.</li> </ul>		

## 4.9 Forschung, Beratung und Förderung der Tierzucht (6. Titel LwG)

### 4.9.1 Förderung der Vernetzung von Wissen und des Wissensaustauschs

#### Grundsatzartikel 113

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	BE, FR, SG, AG, JU; KOLAS	BDP, GPS, SPS	SBV, JULA, BIO SUISSE, Agrarallianz, VSGP, GalloSuisse, SGP, SZZV, SKMV, IgöM, SALS, VPL, SAV, Swisscofel, swiss granum, Swiss Fruit, SVLT, SLV, BO Schafe, Fischzüchter, mellifera, SwissTabac, fial, VMI, DSM, Emmi CH, Cremo, Bell, IGAS, IG D, Migros, COOP, BFS, AGRIDEA, Wissensch. CH, JardinSuisse, Swissaid
Zustimmung mit Bedingungen	ZH	-	SBLV, Permakultur Lw
Bedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Weglassen des Begriffs Ernährungswirtschaft und Konzentration auf die Landwirtschaft</li> </ul>		

	Kantone	Parteien	Organisationen
			<ul style="list-style-type: none"> <li>Höhere Priorität der Förderung einer Vernetzung der Akteure als Förderung einer Verwertung von Forschungsergebnissen</li> </ul>

**Artikel 116 Finanzhilfen und Forschungsaufträge**

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	BE, BL, SH, JU, BPUK	GPS, SPS	SBV, JULA, Agrarallianz, VPL, SAV, IGöM, GalloSuisse, SGP, SZZV, SKMV, swiss granum, Swiss Fruit, BO Schafe, Emmi CH, Cremo, SVLT, IG D, BFS, AGRIDEA, Swissaid, BGS
Zustimmung mit Bedingungen	TG		Wissensch. CH
Bedingungen			<ul style="list-style-type: none"> <li>Mehr finanzielle Mittel für angewandte Forschung</li> <li>Ausrichtung auf Nachhaltigkeit</li> </ul>

**Artikel 118 Vernetzung, Erprobung und Bekanntmachung**

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	SH, TG, TI, JU; KOLAS, BPUK	SPS	SBV, JULA, SALS, IGöM, BIO SUISSE, VPL, swiss granum, Swiss Fruit, VSGP, GalloSuisse, SGP, SZZV, SKMV, Suisseporcs, SVLT, SLV, BO Schafe, Cremo, GST, BGK, SwissTabac, IG D, COOP, Migros, BFS, AGRIDEA, Vision Lw, Vogelwarte, Wissensch. CH, scienceindustries
Zustimmung mit Bedingungen	BE, FR, SG, TG, GE	FDP	SBLV, economiesuisse, JardinSuisse, FiBL
Bedingungen			<ul style="list-style-type: none"> <li>Klare Abgrenzung von InnoSuisse, Fördertatbestand präziser formulieren</li> <li>Wissenschaftliche Begleitung von Ressourcenprojekten gemäss Art. 77a/b LwG unter dem 6. Titel subsumieren</li> <li>Administrativen Aufwand beachten</li> <li>Genügende Ausstattung mit finanziellen Mitteln</li> <li>Einbinden der kantonalen landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentren</li> <li>Weglassen des Begriffs «Ernährungswirtschaft» und Konzentration auf Förderung von Forschung und Vernetzung in der Landwirtschaft</li> <li>Geförderte Projekte zur Netzwerkbildung sollen auch die Konsumenten einbeziehen.</li> </ul>

**4.9.2 Aufgaben der Forschungsanstalten**

Die folgenden Vorschläge zu Artikel 115 «Aufgaben der Forschungsanstalten» waren nicht Teil der Vernehmlassungsvorlage.

Vorschläge	Kantone	Parteien	Organisationen
<sup>1</sup> Die landwirtschaftlichen Forschungsanstalten haben insbesondere folgende Aufgaben:			WWF, Greenpeace Schweiz, Pro Natura, BirdLife, PICUS, Vogelwarte, Bioterra, A Rocha, Vision

e <sup>bis</sup> Sie entwickeln Pflanzensorten und Saatgut, Verfahren und Produktionssysteme, mit denen der Einsatz von human- und ökotoxischen Pflanzenbehandlungsmitteln entfällt oder stark verringert werden kann.			Lw, Apisuisse, NF CH, Ala, SAG
d. Sie liefern Grundlagen für Innovationen im Sinne der nachhaltigen und auf den Markt ausgerichteten Landwirtschaft. e. Sie liefern die Grundlagen für naturnahe, umwelt- und tiergerechte, standortangepasste und ressourceneffiziente Produktionsformen und Produktionssysteme. f. Sie liefern Grundlagen für die Ausrichtung der Land- und Ernährungswirtschaft auf eine gemeinsame Strategie für qualitativ hochwertige Lebensmittel.			Permakultur Lw

#### 4.9.3 Aufbau von Kompetenz- und Innovationsnetzwerken

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	BE, LU, UR, FR, BL, AG, JU; LDK, KOLAS	BDP	Apisuisse, BIO SUISSE, mellifera, Scienceindustries, SFF, SRP, Suisseporcs, VSKT, Wissenssch. CH, ZVCH
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Spezialisierung des Wissens wird in Zukunft zunehmen. Die Vernetzung der einzelnen Spezialisten gewinnt noch mehr an Bedeutung.</li> <li>• Das Ziel, einen Mehrwert für die Praxis zu schaffen, ist ein zentrales Anliegen.</li> </ul>		
Zustimmung mit Bedingungen	SZ, ZG	GPS, SPS	Agrarallianz; Umweltkreise (z.B. Pro Natura, WWF); Bäuerliche Kreise (z.B. SBV, Produzentenorganisationen); SFF, SLV, SALS/ASAF, SUISAG
Bedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Es sind für die Pflanzenzüchtung und Sortenprüfung mehr Mittel im Zahlungsrahmen einzustellen.</li> <li>• Bereits im Budget 2020 sind zusätzliche Mittel für die Pflanzenzüchtung und Sortenprüfung einzustellen.</li> <li>• Unterstützung der Sortenprüfung im LwG verankern.</li> <li>• Keine Finanzierung des Netzwerks für Tiergesundheit im Umfang von rund 6 Millionen CHF aus der Umlagerung von Entsorgungsbeiträgen (SFF, SLV, SALS/ASAF)</li> <li>• Ablehnung des Netzwerks für Tiergesundheit, da bereits gut funktionierende Gesundheitsdienste bestehen (SFF, SUISAG)</li> </ul>		

#### 4.9.4 Förderung der Tierzucht inkl. Gestüt

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	BE, LU, UR, SZ, NW, GL, ZG, FR, BL, SG,	BDP, GPS, GLP, SPS	SBV, bäuerliche Kreise (z.B. kantonale Bauernverbände, Produzenten- und Branchenorganisationen), Umweltkreise

	Kantone	Parteien	Organisationen
	GR, AG, GE, JU; LDK, KOLAS		(z.B. WWF, Pro Natura), Zuchtorganisationen, Forschungsinstitute, Migros, Swissgenetics, AGRIDEA, Agrarallianz, Uniterre, IGöM
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Umsetzung der Tierzuchtstrategie 2030 (Pfeiler der Nachhaltigkeit)</li> <li>• Anpassung der gesetzlichen Grundlagen an aktuelle Tierzuchtpraxis in der Schweiz</li> <li>• Bessere Abbildung der heutigen und künftigen Realität in der Rindviehzucht → Erhöhung der politischen und gesellschaftlichen Akzeptanz der staatlichen Tierzuchtförderung</li> <li>• Flexiblere Weiterentwicklung der Tierzuchtförderung</li> <li>• Zum Gestüt mehrheitlich Zustimmung, da weiterhin im LwG verankert</li> </ul>		
Zustimmung mit Bedingungen und Alternativen	LU, UR, SZ, ZG; LDK, KOLAS	-	SBV, bäuerliche Kreise (z.B. kantonale Bauernverbände, Produzenten- und Branchenorganisationen), Zuchtorganisationen, IGöM
Bedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• LwG 141-1/141-2: Muss- anstatt Kann-Formulierung → Förderung der Zucht ist unbestritten und soll bereits auf gesetzlicher Ebene fest verankert werden</li> <li>• LwG 141-2: «andere Institute» streichen oder klar definieren</li> <li>• LwG 141-4 Ergänzung «Entwicklungsprojekte mit dieser Zielsetzung können ebenfalls mit zusätzlichen Beiträgen unterstützt werden» → Bund sollte die Möglichkeit erhalten, Projekte der Zuchtorganisationen zur Weiterentwicklung ihrer Zuchtprogramme zu fördern.</li> </ul>		
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• LwG 141-3-a/141-8: Eigenständige Tierzucht → Förderung soll stärker auf eigenständige Zuchtprogramme fokussieren, die den Zuchtfortschritt selber erarbeiten, ohne Importgenetik stärker zu fördern.</li> </ul>		
Ablehnung	-	-	SZZV, BO Schafe
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• LwG 141-4 streichen → System ist zu wenig überschaubar und zu kompliziert. Die Beiträge sollten nur nach LwG 141-3 ausgerichtet werden.</li> </ul>		

#### 4.10 Pflanzenschutz und Produktionsmittel (7. Titel LwG)

##### Art. 153a Massnahmen zur Bekämpfung bestimmter Schadorganismen

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	BE, FR, SO, AI, TI	-	SBV sowie rund 40 kantonale Sektionen des SBV und Branchenorganisationen, inkl. JardinSuisse
Zustimmung mit Bedingung	ZH, LU, SZ, NW, ZG, SH, AG, TG, JU; LDK, KOLAS	-	-
Bedingung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Prinzip ist gut, aber das Spektrum der möglichen Bekämpfungsmassnahmen sollte erweitert werden.</li> </ul>		
Ablehnung mit Alternativen	VS, GE	-	AGRIDEA

Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bund muss die Kantone für die durchzuführenden Bekämpfungsmassnahmen mit finanziellen Beiträgen unterstützen.</li> </ul>		
Ablehnung	SG	-	Hochstamm CH
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Anfallende Kosten zu hoch (SG)</li> <li>Kein neues Instrument für die obligatorische Bekämpfung des Feuerbrandes (Hochstamm CH)</li> </ul>		

Art. 160b Einspracheverfahren betreffend Pflanzenschutzmittel

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung mit Bedingungen	BE, LU, SZ, ZG, FR; LDK, KOLAS	GPS, SPS	Agrarallianz, AGRIDEA, Wissensch. CH, VSA
Argumente und Bedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Es ist zu befürchten, dass die Organisationen vorsorglich Einsprache erheben, um eine Bewilligung zu verzögern.</li> <li>Diese Verzögerung könnte zu einer abnehmenden Motivation der Firmen führen, PSM in der Schweiz bewilligen zu lassen.</li> <li>Es muss eine objektive Begründung der Einsprachen verlangt werden, um systematische und grundsätzliche Einsprachen zu vermeiden.</li> <li>Die Einsprache soll keine aufschiebende Wirkung haben.</li> </ul>		
Zustimmung mit Alternative	-	-	WWF, A Rocha, apisuisse, Bioterra CH, Birdlife, oeku, Greenpeace, NF CH, Pro Natura, SAG, Vogelwarte, Ala, Vision Lw, PICUS, mst-law, TIR
Alternative	<p>Art. 160b Einwendungsverfahren betreffend Pflanzenschutzmittel</p> <p><sup>1</sup> Die Zulassungsbehörde veröffentlicht im Bundesblatt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>das Gesuch für die Bewilligung oder Änderung einer Bewilligung für Pflanzenschutzmittel,</li> <li>den Entwurf für die Bewilligung oder Änderung einer Bewilligung für Pflanzenschutzmittel,</li> <li>die Bewilligung oder Änderung einer Bewilligung für Pflanzenschutzmittel.</li> </ol> <p><sup>2</sup> Die Veröffentlichung besteht in einer kurzen Information zur ersuchten, geplanten oder erfolgten Bewilligung oder Änderung einer Bewilligung.</p> <p><sup>3</sup> Wer nach den Vorschriften des NHG oder des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren Partei ist, kann bei Veröffentlichungen nach Abs. 1 Bst. b:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Einsicht in die Akten nehmen,</li> <li>eine Einwendung gegen den Entwurf für die Bewilligung oder Änderung einer Bewilligung für Pflanzenschutzmittel erheben.</li> </ol> <p><sup>4</sup> Die Einwendungsfrist richtet sich nach dem Aktenumfang und beträgt mindestens 60 Tage. Die Akteneinsicht kann elektronisch erfolgen.</p> <p><sup>5</sup> Wer keine Einwendung einreicht, ist vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.</p>		
Ablehnung	SG	-	SBV, SBLV, SwissSeed, Swiss Fruit, JardinSuisse, Swisscofel, AGORA, ANCV, SVSW, Schafe-Schweiz, BDW, FPVS, FSV, IGöM, IVVS, IVVG, JULA, SGP, Swissem, SVTL, SEVS, Suissepatat, SwissTabac, GalloSuisse, Vitiswiss, AGVEI, scienceindustries

	Kantone	Parteien	Organisationen
Argumente			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Artikel gibt den Organisationen, die nicht direkt betroffen und einbezogen sind, zu viel Macht um eine Einsprache erheben zu können.</li> <li>• Die Dauer einer Zulassung erhöht sich massiv.</li> <li>• Die Planungssicherheit für die betroffenen Unternehmen ist nicht mehr gegeben.</li> <li>• Die Geheimhaltung und die Vertraulichkeit der eingereichten Daten wird nicht mehr gewährleistet.</li> <li>• Dies würde bewirken, dass global tätige Firmen von einem Zulassungsantrag für neue Wirkstoffe und innovative Pflanzenschutzmittel in dem kleinen Agrarmarkt Schweiz künftig komplett absehen.</li> </ul>

#### 4.11 Weitere Bestimmungen (Titel 7a LwG)

##### 4.11.1 Informationssysteme (nicht Teil der Vernehmlassungsvorlage)

Artikel 165c, 165d und 165e LwG

Ergänzung der Artikel:	Kantone	Parteien	Organisationen
Schaffung einer für die gesamte Schweiz einheitlichen und für die Kantone verbindlichen Rechtsgrundlage für eine datenschutzkonforme Freigabe von Daten aus den Informationssystemen des Bundes (AGIS und ACONTROL) und aus den Agrarinformationssystemen der Kantone.	ZH, BE, LU, UR, OW, NW, ZG, FR, SO, AR, GR, AG, TI; LDK, KOLAS	GLP	SBLV, SBV, JULA, IP-Suisse, Vogelwarte, Vision Lw
Der Dateninhaber muss zu Beginn über die Datennutzung umfassend informiert sein. Er muss Nutzungsrechte geben und entziehen können und Datenschutzgarantien haben.	SG	-	SBV, JULA, Gallo Suisse, SGP, SVLT, BO Butter, BSM, Emmi CH, VSGP
Argumente			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Probleme bezüglich Datenschutz, -hoheit und -sicherheit müssen angegangen werden.</li> <li>• Die Datenhoheit muss bei den Produzenten/ Bewirtschaftern verbleiben.</li> <li>• Die Produzenten müssen den gesetzlichen Dokumentationspflichten nachkommen und sollen mit Hilfe digitaler Technologien unterstützt werden.</li> <li>• Dies muss mit der Vereinfachung von administrativen Abläufen und der Autorisierung für die Mehrfache Nutzung von Daten einhergehen.</li> </ul>
Bund soll Zusammenlegung der IT-Systeme der Kantone für den DZ-Vollzug zwecks administrativer Vereinfachung unterstützen.	-	-	SMP, Holstein, TMP, BO Butter, BSM

Ergänzung der Artikel:	Kantone	Parteien	Organisationen
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Datensicherheit, Datennutzung und Schnittstellenprobleme werden als Kernthemen betrachtet.</li> <li>Frage nach der Datenhoheit muss geklärt werden.</li> <li>Um eine möglichst effiziente Datennutzung sicherstellen zu können, ist die Konzentration auf ein IT-System beim Vollzug der Direktzahlungen unabdingbar.</li> </ul>		

#### 4.12 Rechtsschutz, Verwaltungsmassnahmen, Strafbestimmungen (8. Titel LwG)

Die widerrechtliche Verwendung einer Klassierung oder einer Kennzeichnung fällt unter zwei verschiedene Strafbestimmungen des Gesetzes. Diese Doppelspurigkeit soll behoben werden, indem in diesem Fall nur eine Strafbestimmung zur Anwendung kommt. Die Nichteinhaltung von Klassierungsbestimmungen soll künftig ausschliesslich durch Artikel 172 LwG geregelt werden. Gegen diesen Vorschlag haben bäuerliche Kreise opponiert, weil sie der Ansicht waren, dass mit dem Vernehmlassungsvorschlag die widerrechtliche Verwendung nicht mehr sanktioniert werden könne. Dem ist jedoch nicht so.

#### 4.13 Schlussbestimmungen (9. Titel LwG)

##### 4.13.1 Monitoringdatenlieferpflicht in LwG Art. 185 Abs. 3<sup>bis</sup>

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	-	-	Wissensch. CH, apisuisse, BirdLife, Greenpeace, NF CH, Pro Natura, SAG, Ala, BIO SUISSE, WWF, Vision Lw, PICUS
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bessere Datenbeschaffung</li> </ul>		
Zustimmung mit Bedingungen	SH, JU	-	ZBB, SKMV, SRP, VPL
Bedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Der Zweck der Datenlieferung und die Verwendung der Daten muss dem Lieferanten mit der Verpflichtung zur Datenlieferung mitgeteilt werden.</li> <li>Ergänzung Informationspflicht über Datennutzung: «Den Bewirtschaftern und Bewirtschafterinnen wird mitgeteilt, wer die gelieferten Daten verwendet.»</li> </ul>		
Ablehnung	SZ, FR, BL, SG, VS	-	AGORA, ANCV, SVSW, BO Schafe, BDW, FSV, Ökostrom CH, PIOCH, IGöM, IVVS, JULA, SBLV, SVLT, SEVS, GalloSuisse, VITISWISS, Prométerre, Prolait
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zwangsmassnahmen und allfällige Sanktionen sind nicht angemessen.</li> <li>Die hohen Kosten hat der Bund durch die methodische Umstellung auf eine zufällige Betriebsauswahl selber verursacht.</li> <li>Gegenüber der früheren Methode mit Referenzbetrieben sind die Rekrutierungskosten gestiegen und Datenqualität mutmasslich gesunken, ohne grossen Erkenntnisgewinn.</li> <li>Verbesserung der Dateneinlieferung durch umfassende Sensibilisierung und angemessene Entschädigung.</li> </ul>		

#### 4.14 Risikomanagement (kein Vorschlag für Gesetzesgrundlage)

	Kantone	Parteien	Organisationen
Vorschlag zur Einführung einer Gesetzesgrundlage	ZG, FR, AI, AG, TG, VS, GE, JU; KOLAS	CVP	SBV, SGPV, Swiss Fruit, SRP, VPL, weitere bäuerliche Organisationen, cP, Schweizer Hagel, ASA/SVV, Migros
Vorschlag	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung einer Gesetzesgrundlage, die es dem Bund erlaubt, Massnahmen zur Risikoreduktion und zur Absicherung gegen Risiken von Ertragsausfällen aufgrund des Klimawandels zu unterstützen.</li> <li>• Bund soll in erster Linie den Förderrahmen definieren, die Umsetzung von Versicherungslösungen soll weiterhin Sache der privaten Versicherungswirtschaft sein.</li> <li>• Bei Einführung von Massnahmen zur Unterstützung des Risikomanagements die direkten staatlichen Eingriffe in die Märkte (z.B. Marktstützung) deutlich reduzieren.</li> </ul>		
Ablehnung der Einführung einer Gesetzesgrundlage	SH	-	VSGP, Julia
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstützung des Risikomanagements ist keine staatliche Aufgabe.</li> <li>• Druck auf Produzentenpreise nimmt zu, weil naturbedingte Schwankungen nicht länger über den Preis abgegolten werden.</li> </ul>		

#### 4.15 Gewässerschutzgesetz

##### 4.15.1 Senkung Düngergrossvieheinheiten pro ha

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	GL, VS, JU	GPS, SPS, jGrüne	PIOCH, Agrarallianz, SIA, geosuisse
Zustimmung mit Alternativen	-	GLP	Vogelschutz, Greenpeace, Pro Natura, WWF, Vision Landwirtschaft, VKMB, VSA, SVV, SFV, Wissensch. CH
Alternativen	<p>Eine Senkung auf 2.5 DGVE/ha geht nicht weit genug. Es braucht eine Senkung auf 2.0 DGVE/ha und zusätzlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Begrenzung der Nutztierbestände pro Betrieb und pro ha</li> <li>• Verschärfung der Suisse-Bilanz</li> <li>• Einführung der Hoftorbilanz</li> <li>• Verbindliche flächenbezogene Reduktionsziele mit Absenkpfeilen</li> <li>• Verbesserung von HODUFLU (Strafbestimmungen ins LwG nehmen)</li> <li>• keine Direktzahlungen für landlose Mastbetriebe</li> <li>• Aufhebung der reduzierten Mehrwertsteuersätze auf Futtermitteln und Düngern</li> <li>• Lenkungsabgabe auf Futtermitteln, Mineräldüngern und weggeführten Hofdüngern</li> </ul>		
Ablehnung mit Alternativen	ZH, SZ, SO, TG	-	-

	Kantone	Parteien	Organisationen
Alternativen	Eine Senkung der DGVE/ha ist nicht das richtige Mittel. Die Regelung zur maximal auszubringenden Hofdüngermenge ist veraltet und soll aufgehoben werden. Stattdessen braucht es <ul style="list-style-type: none"> <li>regionalspezifische Verschärfungen mit Bezug zur Einzelfläche</li> <li>Verschärfungen in der Suisse-Bilanz</li> <li>ein ökologisches Gesamtkonzept für tierintensive Betriebe</li> </ul>		
Ablehnung	ZG, FR, AI, AG; LDK	FDP	SBV, kantonale Bauern- und Bäuerinnenverbände, Branchenorganisationen, Zuchtverbände, Ökostrom CH

#### 4.15.2 Umsetzung von vier Motionen

##### **Art. 12 Abs. 4 GSchG: Erweiterung Ausnahmebestimmungen für Anschlusspflicht Betriebe**

Die Änderung sieht vor, dass alle Landwirtschaftsbetriebe von der Anschlusspflicht an die öffentliche Kanalisation befreit werden können, die über einen erheblichen Bestand an Nutztieren (bisher: ausschliesslich Rindvieh- und Schweinebestand) verfügen, unabhängig davon, ob bei der Haltung dieser Nutztiere flüssiger oder fester Hofdünger anfällt, d.h. unabhängig davon, ob das häusliche Abwasser automatisch mit Gülle vermischt wird oder nicht. Insgesamt äussern sich 50 Teilnehmende der Vernehmlassung zu dieser Bestimmung.

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	GR	-	SBV, 18 nationale und überregionale (v.a. bäuerliche Branchenverbände, Wissensch. CH), 14 kantonale und regionale Organisationen aus bäuerlichen Kreisen
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Anfallendes Wasser auf dem Betrieb nutzen als Beitrag im Umgang mit der zunehmenden Wasserknappheit</li> <li>Schliessen von Nährstoffkreisläufen</li> </ul>		
Ablehnung	BE, LU, ZG, FR, BL, SH, AG, TG, GE; KVV, LDK, KOLAS	GLP	Vision Lw
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Risiken in Bezug auf die Geruchs- und Ammoniakemissionen bei Lagerung und Ausbringung</li> <li>Potentiell negative Auswirkungen auf die Hygiene und die allgemeine Gesundheitsvorsorge</li> <li>Erhöhte Anforderungen an die Grösse der Jauchegrube</li> <li>Risiko von diffusen Einträgen von Mikroverunreinigungen in Gewässer und Umwelt</li> <li>Erhöhtes Risiko von Gewässerverunreinigungen durch Gülle</li> <li>Technische Herausforderungen bei der Verflüssigung des Mists</li> <li>Aufweichung des Solidaritätsprinzip (Anschlusspflicht einzelner Liegenschaften)</li> </ul>		

**Art. 14 Abs. 2 GSchG: Weitergehende energetische Nutzung von Hofdünger**

Die neue Bestimmung soll eine gegenüber der Vergärung in Biogasanlagen weitergehende energetische Nutzung von Hofdüngern ermöglichen, bei welcher die in den Hofdüngern enthaltenen Nährstoffe und humusbildenden Stoffe nicht mehr zwingend für die Düngung verwendet werden müssen. Diese Möglichkeit soll auf Hofdünger beschränkt sein, die ein Betrieb mit Nutztierhaltung nicht selber als Dünger verwerten kann (Hofdüngerüberschüsse). Insgesamt äussern sich 101 Teilnehmende zu dieser Bestimmung.

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	GL		TMP
Zustimmung mit Bedingungen	-	-	SBV, 17 nationale bäuerliche Organisationen, Ökostrom CH, EKL
Bedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ergänzung gefordert, wonach eine kombinierte d.h. energetische und stoffliche Verwertung zu bevorzugen sei (bäuerliche Kreise)</li> <li>Ergänzung gefordert, wonach eine energetische mit gleichzeitiger, stofflicher Verwertung explizit gewünscht ist, sofern Nährstoffkreisläufe möglichst geschlossen bleiben (Ökostrom CH)</li> <li>Präzisierung in der Botschaft, dass bei der Verbrennung von Hofdüngern nicht höhere Schadstoffemissionen entstehen, als beim LRV-konformen Verfeuern von Schlamm aus kommunalen ARA (EKL)</li> </ul>		
Ablehnung mit Alternativen	-	-	Wissensch. CH, VSG
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Definition der Bedingungen für eine energetische Nutzung (Wissensch. CH)</li> <li>Einschränkung der Verbrennung von Hofdünger auf spezifische, technisch sinnvolle Ausnahmen (VSG)</li> </ul>		
Ablehnung	BE, LU, ZG, FR, SO, BL, AG, GE; KVV, KBNL, LDK, KOLAS	GPS, Junge Grüne, GLP, SPS	20 nationale Organisationen
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Widerspricht dem Ziel einer ressourceneffizienten Landwirtschaft</li> <li>Untergräbt den Erhalt von Nährstoffen und damit den Kreislaufgedanken</li> <li>Durch die stoffliche Verwertung werden fossile Ressourcen geschont und Energie gespart</li> <li>Unerwünschte zusätzliche Luftemissionen bzw. Geruchsbelästigungen aus kleineren Feuerungsanlagen</li> <li>Widerspruch zur LRV und zu den Schweizer Klimazielen</li> </ul>		

**Art. 14 Abs. 4 Aufhebung des ortsüblichen Bewirtschaftungsbereichs (oBB)**

Die neue Formulierung sieht die ersatzlose Aufhebung des oBB vor. Dieser beschränkt die Möglichkeit, überschüssige Hofdünger über einen Radius von 6 km hinaus abzugeben, auf diejenigen Betriebe, die mindestens 50% des anfallenden Hofdüngers selber als Dünger verwerten können. Die Abschaffung stellt somit eine Erleichterung für diejenigen Betriebe dar, welche eine mehrheitlich bodenunabhängige Nutztierhaltung betreiben. Insgesamt äussern sich 90 Teilnehmende explizit zu dieser Bestimmung.

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	LDK, KOLAS	-	SBV, 19 nationale, v.a. bäuerliche Organisationen

	Kantone	Parteien	Organisationen
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hofdünger kann überregional ausgetauscht werden und dorthin gelangen, wo ein Bedarf besteht.</li> </ul>		
Zustimmung mit Bedingung	KVU	-	-
Bedingung	<ul style="list-style-type: none"> <li>Stimmt der Aufhebung des oBB nur zu, wenn die Defizite von HODUFLU beseitigt werden</li> </ul>		
Ablehnung	BE, LU, ZG, GL, SO, AG, TG; KBNL	GPS, GLP, SPS, jGrüne	17 nationale Organisationen (mehrheitlich Umweltschutzorganisationen)
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Unerwünschte Zunahme der Tierdichte pro Betrieb und Folgeeffekte wie z.B. erhöhte lokale NH3-Emissionen, längere Transportwege und damit verbundene Risiken, Transfer von Hofdünger in bisher wenig belastete und in sensible Gebiete</li> <li>Verhindert standortangepasste Landwirtschaft.</li> <li>Verhindert Erreichen der Umweltziele und widerspricht Ansprüchen der Konsumentinnen und Konsumenten.</li> </ul>		

**Art. 14 Abs. 7 Aufhebung der Ausnahmebestimmungen von den Anforderungen an die Nutzfläche**

Die Vorlage sieht die Aufhebung der Ausnahmebestimmungen bezüglich der Anforderungen an die Nutzfläche vor. Mit der Aufhebung des oBB in Art. 14 Abs. 4 würde Art. 14 Abs. 7 gegenstandslos und muss logischerweise ebenfalls aufgehoben werden. Insgesamt äussern sich 4 Teilnehmende explizit und ohne Änderungsanträge oder Begründung zu dieser Bestimmung. Der Kanton ZG, die LDK und die KOLAS stimmen der Aufhebung zu. Der Kanton AG fordert deren Beibehaltung.

**4.16 Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst**

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	BE, ZG; LDK, KOLAS	-	-
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Fokussierung auf Zivildiensteinsätze zugunsten der gemeinwirtschaftlichen Leistungen im Umweltbereich ist sinnvoll.</li> </ul>		
Ablehnung	VS	-	SAB, Bergheimat, IGöM, Gruyère, SKMV, Uniterre, BIO SUISSE
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zivildiensteinsätze für Betriebe, die Investitionshilfen erhalten, sind wichtig für den Landwirtschaftssektor.</li> </ul>		
Ablehnung mit Alternativen	ZG	-	SBV, AGORA, BO Schafe, JULA, SAV, SVLT, SZZV, VSA, Gallo-Suisse, ZBB
Alternativen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Weitere Einsatzmöglichkeiten anbieten, wie die Integration von Säuberungsarbeiten auf landwirtschaftlichem Boden, die infolge einer Katastrophe oder Naturkatastrophe notwendig sind.</li> </ul>		

#### 4.17 Tierseuchengesetz

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	BE, LU, SZ, ZG, FR, BL; KOLAS, LDK	-	SBV, bäuerliche Kreise (36 Org., u.a. SMP, ASR, SRP, Holstein, Gallosuisse, Swissherdbook, BIO SUISSE, Braunvieh, etc.), VSKT, Wissensch. CH, Ökostrom CH
Zustimmung mit Bedingungen	-	-	TIR
Bedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bedeutung der Tierzucht berücksichtigen</li> <li>• Erhalt der Rassen berücksichtigen</li> </ul>		

#### 4.18 Boden- und Pachtrecht

##### 4.18.1 Generelle Haltung zur Revision von Boden- und Pachtrecht

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	SH, VD	BDP, GPS, SPS	Ala, BirdLife, A Rocha, Agrarallianz, BirdLife ZH, COOP, Cremo SA, economiesuisse, Emmi CH, fial, Greenpeace, NF CH, oeku, Pro Natura, SKS, VMI, WWF
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die vorgeschlagenen Änderungen lehnen sie sich an die gängige Rechtsprechung an und schaffen durch die Verankerung im Gesetz Klarheit für den Vollzug.</li> <li>• Die Vielfalt an Betrieben soll ein Wert der Schweizer Landwirtschaft bleiben.</li> </ul>		
Ablehnung	BE, UR, SZ, ZG, SO, AI, SG, GR, NE; LDK	SVP	SBV, ACAR, AG Berggebiet, AGORA, VSW, SVSW, BBK, Bergheimat, cP, FSV, Gallo-Suisse, Holstein, IG Familienbetrieb, JIGöM, JULA, KKO, LVO, Ökostrom CH, primavera, Prolait, Prométerre, SAB, SAV, SBLV, SCFA, SGP, SKMV, SEVS, SLV, SMP, SVIL, SVLT, Swiss Fruit, SwissOlio, Swiss Tabac, UCT, UPN, Verein Familienbetriebe, VITISSWISS, ACCCS, VMMO, VSA, VSGP, VSKP, ZMP
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Das bäuerliche Bodenrecht darf unter keinen Umständen gelockert werden, da sonst der Bauernstand mit den Familienbetrieben in der heutigen Form massiv geschwächt würde.</li> <li>• Die heutige Gesetzgebung hat sich bewährt. Es besteht kein Handlungsbedarf.</li> </ul>		

#### 4.18.2 Quereinstieg in die Landwirtschaft

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	-	BDP, CVP, FDP	Bergheimat, BIO SUISSE, CH Gemeinden, Permakultur Lw, Uniterre
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Für die Erhaltung einer nachhaltigen Landwirtschaft, und damit der Kulturlandschaft, ist es unabdingbar, dass auch vermehrt Quereinsteiger in der Landwirtschaft Fuss fassen können.</li> </ul>		
Ablehnung	ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, ZG, FR, SO, BL, AR, AI, GR, AG, VS; KOLAS, LDK	GLP, jGrüne	SBV, AGVEI, ANCV, BO Schafe, BVA, FSV, Gallo-Suisse, IGöM, IVVS, JULA, Mutterkuh CH, SAV, SBLV, SEVS, SGP, SKMV, Vision Lw, VITISWISS, VKMB
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Meinung, nur Quereinsteiger würden der Landwirtschaft neue Ideen bringen, ist eine krasse Verunglimpfung der Innovationsfreude der Schweizer Bauernfamilien.</li> <li>Die Vorschläge zielen im Grunde auf die Aushöhlung des Selbstbewirtschaftungsprinzips und eine massive Beschneidung des Erbrechts bzw. der Aushöhlung der familienpolitischen Zielsetzungen des Gesetzes.</li> <li>Der Quereinstieg in die Landwirtschaft ist bereits heute möglich. Er wird allerdings durch das fehlende Angebot und die grosse Nachfrage an landwirtschaftlichen Grundstücken und Gewerben stark erschwert.</li> </ul>		

#### 4.18.3 Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit Beschränkter Haftung und Kommandit-Aktiengesellschaften (bäuerliche juristische Personen)

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	BE, FR, SH, SG, AG, VD, GE	BDP, FDP, GLP	BIO SUISSE, Uniterre, Vision LW
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Künftig sollen auch bäuerliche juristische Personen landwirtschaftliches Grundeigentum erwerben können.</li> <li>Dies ist beispielsweise nötig bei Betrieben, die in den vergangenen Jahren stark gewachsen sind und deren Übernahme durch eine einzige natürliche Person weder finanzierbar noch von den Managementkapazitäten her verkraftbar ist.</li> <li>Die Ergänzung des Gesetzes bringt Rechtssicherheit.</li> </ul>		
Ablehnung	ZG, AR, AI, GR, JU; LDK, KOLAS	jGrüne, SVP	SBV, Bergheimat, Mutterkuh CH, SBLV, SKMV, SLV, SPV, suissemelio, VKMB, Wissench. CH
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Das Prinzip der Selbstbewirtschaftung muss gesichert werden.</li> <li>Die Förderung der Familienbetrieb muss bleiben.</li> <li>Der Erwerb von landwirtschaftlichen Grundstücken durch juristische Personen ist gemäss Lehre und Rechtsprechung bereits heute möglich und soll in diesem Rahmen weiterhin zugelassen werden.</li> </ul>		

Kantone	Parteien	Organisationen
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Es wird befürchtet, dass mit der Einführung der bäuerlichen juristischen Person Nichtselbstbewirtschaftern der indirekte Erwerb und/oder die Beherrschung von landwirtschaftlichen Grundstücken und Gewerben ermöglicht wird.</li> <li>Schwächung der Prinzipien der Familienbetriebe und der Selbstbewirtschaftung und damit der Legitimation und Akzeptanz der eigentumsrechtlich weitgehenden Beschränkungen durch das bäuerliche Bodenrecht</li> </ul>	

#### 4.18.4 Anpassungen bei der Belastungsgrenze

Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	FR	CVP, GPS, SPS
Ablehnung	BE, LU, SZ, OW, NW, ZG, SO, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, VD, VS, GE, JU; LDK, KOLAS	SVP, BDP, GLP
Argumente		<ul style="list-style-type: none"> <li>Rückzahlungspflicht über der Belastungsgrenze muss beibehalten werden.</li> <li>Die Bewilligung der Überschreitung der Belastungsgrenze muss beibehalten werden.</li> <li>Mit dem bestehenden System hat die Landwirtschaft einen einfachen Zugang zu zinsgünstigen Krediten.</li> <li>Bauernbetriebe müssen keine aufwändigen und teuren Businesspläne erstellen, um Kredite für ihren Betrieb zu bekommen.</li> <li>Keine generelle Flexibilisierung, da die Flexibilität bereits heute vorhanden ist.</li> <li>Die Überschreitung der Belastungsgrenze ist bei den Kantonen gut eingeführt und wird administrativ mit minimalem Aufwand abgewickelt.</li> <li>Das Risiko von Krediten in der Landwirtschaft wird erhöht. Dadurch wird möglicherweise das Zinsniveau in der Landwirtschaft generell angehoben, was zu zusätzlichen Kosten für die Landwirtinnen und Landwirte führt.</li> <li>Wenn durch eine Flexibilisierung der Belastungsgrenze die Vorgangspfandrechte erhöht werden, hat dies für die Kantone massiv höhere Risiken zur Folge.</li> </ul>

#### 4.18.5 Administrative Vereinfachung

Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	-	GLP
Ablehnung	ZH, BE, LU, UR, SZ, ZG, SO, BL, SH, AI, GR, JU; KOLAS, LDK	-
Argumente		<ul style="list-style-type: none"> <li>Die vorgeschlagenen Massnahmen bringen keine administrativen Entlastungen.</li> </ul>

#### 4.18.6 Definition Ertragswert

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung	BE, LU, NW, FR, SO, SH, AG	BDP	BIO SUISSE
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Nötige, logische Anpassung nach der Revision der Ertragswertschätzungsanleitung</li> </ul>		
Zustimmung mit Bedingungen	ZG, FR, AI, GR; LDK, KOLAS		Hochstamm CH, Mutterkuh CH, SKMV, suisse melio, Swiss Fruit
Bedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mit einer Gesetzesnorm ist sicherzustellen, dass bei künftigen Überarbeitungen der Schätzungsanleitung keine verzerrende Unter- oder Übergewichtung eines Faktors vorgenommen wird.</li> <li>Bei der Berechnung des Kapitalertrages ist der Arbeitsaufwand mit dem Arbeitsverdienst vergleichbarer Berufe zu berücksichtigen.</li> <li>Der Begriff „Ertragswert“ soll einfacher und verständlicher definiert werden.</li> <li>Die Berechnung des Ertragswertes ist regelmässig alle 6 bis 8 Jahre den sich ändernden Verhältnissen anzupassen.</li> <li>Der Kapitalisierungssatz soll neu einem gewichteten langfristigen Kapitalkostensatz entsprechen, welcher das Fremd- und das Eigenkapital des Unternehmens sowie das Branchenrisiko berücksichtigt.</li> </ul>		
Ablehnung	-	-	SBLV
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Anpassung ist nicht notwendig.</li> </ul>		

#### 4.18.7 Stärkung der Position der Ehegatten

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung mit oder ohne Bedingungen	BE, NW, FR, BL, AI, GR, AG, VS, GE, JU; KOLAS	BDP	AGRIDEA, Bergheimatt, BIO SUISSE, Mutterkuh CH, SAV, SBV, SBLV, suisse melio, oeku, VKMB, Wissench. CH
Bedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Anpassung der Belastungsgrenze.</li> <li>Die bestehenden Vorkaufsrechte sollen nicht zurückgestellt werden.</li> </ul>		
Ablehnung	ZG	-	-
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Vorschläge sind nicht zwingend.</li> <li>Eine Ehe oder eingetragene Partnerschaft endet erst mit dem Tod des einen Ehegatten bzw. Partners oder durch das Scheidungsurteil. Die Schaffung eines Vorkaufsrechtes für Ehegatten könnte also höchstens in einem Scheidungsfall eine Option sein. Da dieses Vorkaufsrecht zum Ertragswert ausgeübt werden könnte, widerspricht es den andern Vorschlägen zur Feststellung des Anrechnungswertes und würde also den bisherigen Eigentümer wirtschaftlich benachteiligen.</li> </ul>		

#### 4.19 Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel

##### 4.19.1 ZR Produktionsgrundlagen

	Kantone	Parteien	Organisationen
<b>Zustimmung mit Alternativen</b>			
Keine Fusion der Kredite "Beiträgen für Strukturverbesserungen" und „Investitionskredite“ und Mittel schrittweise auf 90 Mio. CHF erhöhen.	LU, SZ	-	suissemelio
Beihilfen von 50 Mio. CHF sind zusätzlich für Herausforderungen im Bereich Klimawandel bereitzustellen (z. B. Bewässerungsprojekte).	-	-	SALS/ASSAF, SLV, Bell, Migros
Zusätzlicher jährlicher Fonds von 10 Mio. CHF für die Pflanzenzüchtung, wobei die Pflanzenzüchtung mit GVO auszuschliessen ist.	-	-	SKEK
Bereitstellung von mindestens 12 Mio. CHF jährlich für nachhaltige PSM für Projekte nach dem Modell des NAP-PGREL.	-	-	BIO SUISSE, ProSpecieRara
Keine Finanzierung des neuen Kompetenz- und Innovationsnetzwerkes für Tiergesundheit mittels Umlagerung von Entsorgungsbeiträgen	LU, SZ	-	Proviande, SFF, SLV,
Aufstockung für das Beratungswesen innerhalb des Zahlungsrahmens	-	-	COOP

##### 4.19.2 ZR Produktion und Absatz

	Kantone	Parteien	Organisationen
<b>Zustimmung mit Alternativen</b>	VS	-	Economiesuisse, Swiss Fruit, Hochstamm Suisse
<b>Alternativen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Ausbau der internationalen Marktzugänge für die Wirtschaft sowie die zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der zweiten Stufe der Nahrungsmittelindustrie nötigen Massnahmen dürfen nicht blockiert werden (Economiesuisse).</li> <li>• Beim Abschluss oder der Modernisierung von Freihandelsabkommen, bei denen Konzessionen im Agrarbereich eingegangen werden, müssen Mittelumverteilungen in Zukunft möglich sein, damit der Landwirtschaftssektor auch unter neuen Marktbedingungen optimal unterstützt werden kann (Economiesuisse).</li> <li>• Qualitäts- und Absatzförderung erweitern; davon können alle Branchen und auch regionale Projekte profitieren; Regionalität liegt im Trend. Deshalb muss auch die Absatzförderung gestärkt werden (Swiss Fruit, Hochstamm Suisse).</li> <li>• Jährlich 2 Millionen CHF während 4 Jahren für die Kantone zur Unterstützung von Produzentenorganisationen und für die Absatzförderung von Wein mit geografischer Angabe (VS)</li> </ul>		

	Kantone	Parteien	Organisationen
Ablehnung mit Alternativen	-	jGrüne, GLP	Greenpeace, Klima CH, NF CH, Pro Natura, SAG, Vogelwarte, BFA, Fledermaus, Ala, Swissveg, VSA, Klimaschutz CH, Vision Lw, WWF
Argumente	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Streichung der Absatzförderung für die Marketingkommunikation; insbesondere die Fleischwerbung ist keine öffentliche Aufgabe.</li> <li>• Reduktion der Beiträge, die zur Steigerung der tierischen Produktion führen und intensitätsfördernd sind. Sie sind inkohärent mit den Umweltzielen Landwirtschaft.</li> </ul>		

#### 4.19.3 ZR Direktzahlungen

Zustimmung mit Alternativen	Kantone	Parteien	Organisationen
Halbierung der Versorgungssicherheitsbeiträge, allenfalls degressiv	-	GLP	-
Reduktion der unspezifischen Direktzahlungen, insbesondere der Versorgungssicherheitsbeiträge (Zonenbeitrag und Beitrag für offenen Ackerfläche und Dauerkulturen) Erhöhung des Betriebsbeitrages auf Kosten des Zonenbeitrages Höhere Biodiversitätsbeiträge zur wirksamen Umsetzung der Betriebskonzepte Mehr Mittel für Produktionssysteme Stärkung der Programme mit Leistungsbezug: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zusätzliche Programme wie Tiergesundheit,</li> <li>• Tierwohl-Ergänzungs-Programme,</li> <li>• Stärkung GMF,</li> <li>• Klima (Humusaufbau)</li> </ul>	FR; BPUK	SPS, GPS	economiesuisse, Vision Lw, BirdLife, oeku, Fledermaus, Greenpeace, WWF, VKMB, PICUS, COOP, Migros
Produktionssystembeiträge: Höhere Mittel für Programme im Nutztierbereich (RAUS, BTS, Nachhaltige Milch- und Fleischproduktion, Tiergesundheit)	-	-	Emmi CH, Cremo SA
Versorgungssicherheitsbeiträge: Anstelle eines Betriebsbeitrags Basisbeitrag für die ersten 20 Hektaren analog zu den «Umverteilungsbeiträgen» der EU. Zugang für Bio für alle Direktzahlungsprogramme, auch die teilbetrieblichen. Wenn nicht, müssten alle Biobeiträge wesentlich erhöht werden.	-	-	BIO SUISSE

#### 4.20 Auswirkungen, Verhältnis zur Legislaturplanung und zu Strategien des Bundes

	Kantone	Parteien	Organisationen
Zustimmung mit Bedingungen	BE, LU, UR, SZ, NW, ZG, FR, BL, AG, TG, NE; LDK, KOLAS	-	SBV, EKL, bäuerliche Kreise und Produzentenorganisationen (z.B. SMP, Swiss Fruit)
Bedingungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Massnahmen haben für Kantone, Vollzug und Bauernfamilien Mehraufwand zur Folge. Dies ist korrekt aufzeigen.</li> <li>• Falls es für die Zulassung von PSM mit erhöhtem Risiko kantonale Sonderbewilligungen braucht, ist der Mehraufwand aufzuführen.</li> <li>• Intensität der Landwirtschaft ist in Beurteilung einzubeziehen.</li> <li>• Positive Auswirkung auf Kalorienproduktion wird in Frage gestellt. → Widerspruch zu Art. 104a BV</li> <li>• Detaillierte Berechnungen zu den Auswirkungen sind zusammen mit Botschaft zur Verfügung zu stellen.</li> <li>• Im Kapitel Strategien Verweis auf «Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik» streichen, Boden- und Klimastrategie auführen</li> </ul>		

## 5 Liste der Stellungnehmenden

Abkürzung	Stellungnehmende	Datum
<b>Kantone</b>		
ZH	Staatskanzlei des Kantons Zürich Chancellerie d'État du canton de Zurich Cancelleria dello Stato del Cantone di Zurigo	06.03.2019
BE	Staatskanzlei des Kantons Bern Chancellerie d'État du canton de Berne Cancelleria dello Stato del Cantone di Berna	04.03.2019
LU	Staatskanzlei des Kantons Luzern Chancellerie d'État du canton de Lucerne Cancelleria dello Stato del Cantone di Lucerna	20.02.2019
UR	Standeskanzlei des Kantons Uri Chancellerie d'État du canton d'Uri Cancelleria dello Stato del Cantone di Uri	22.02.2019
SZ	Staatskanzlei des Kantons Schwyz Chancellerie d'État du canton de Schwytz Cancelleria dello Stato del Cantone di Svitto	08.03.2019
OW	Staatskanzlei des Kantons Obwalden Chancellerie d'État du canton d'Obwald Cancelleria dello Stato del Cantone di Obvaldo	14.02.2019
Amt Lw OW	Amt für Landwirtschaft und Umwelt des Kantons Obwalden	13.02.2019
NW	Staatskanzlei des Kantons Nidwalden Chancellerie d'État du canton de Nidwald Cancelleria dello Stato del Cantone di Nidvaldo	15.02.2019
GL	Regierungskanzlei des Kantons Glarus Chancellerie d'État du canton de Glaris Cancelleria dello Stato del Cantone di Glarona	27.02.2019
Ab Lw GL	Abteilung Landwirtschaft Kanton Glarus	04.02.2019
ZG	Staatskanzlei des Kantons Zug Chancellerie d'État du canton de Zoug Cancelleria dello Stato del Cantone di Zugo	11.03.2019
FR	Staatskanzlei des Kantons Freiburg Chancellerie d'État du canton de Fribourg Cancelleria dello Stato del Cantone di Friburgo	19.02.2019
SO	Staatskanzlei des Kantons Solothurn Chancellerie d'État du canton de Soleure Cancelleria dello Stato del Cantone di Soletta	27.02.2019
BS	Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt Chancellerie d'État du canton de Bâle-Ville Cancelleria dello Stato del Cantone di Basilea Città	21.02.2019
BL	Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft Chancellerie d'État du canton de Bâle-Campagne Cancelleria dello Stato del Cantone di Basilea Campagna	20.02.2019
SH	Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen Chancellerie d'État du canton de Schaffhouse Cancelleria dello Stato del Cantone di Sciaffusa	06.03.2019
AR	Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden Chancellerie d'État du canton d'Appenzell Rhodes-Extérieures Cancelleria dello Stato del Cantone di Appenzello Esterno	07.03.2019
AI	Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden Chancellerie d'État du canton d'Appenzell Rhodes-Intérieures Cancelleria dello Stato del Cantone di Appenzello Interno	21.02.2019

<b>Abkürzung</b>	<b>Stellungnehmende</b>	<b>Datum</b>
SG	Staatskanzlei des Kantons St. Gallen Chancellerie d'État du canton de St-Gall Cancelleria dello Stato del Cantone di San Gallo	14.02.2019
GR	Standeskanzlei des Kantons Graubünden Chancellerie d'État du canton des Grisons Cancelleria dello Stato del Cantone dei Grigioni	05.03.2019
AG	Staatskanzlei des Kantons Aargau Chancellerie d'État du canton d'Argovie Cancelleria dello Stato del Cantone di Argovia	06.03.2019
TG	Staatskanzlei des Kantons Thurgau Chancellerie d'État du canton de Thurgovie Cancelleria dello Stato del Cantone di Turgovia	06.03.2019
TI	Staatskanzlei des Kantons Tessin Chancellerie d'État du canton du Tessin Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino	28.02.2019
VD	Staatskanzlei des Kantons Waadt Chancellerie d'État du canton de Vaud Cancelleria dello Stato del Cantone di Vaud	07.03.2019
VS	Staatskanzlei des Kantons Wallis Chancellerie d'État du canton du Valais Cancelleria dello Stato del Cantone Vallese	01.03.2019
NE	Staatskanzlei des Kantons Neuenburg Chancellerie d'État du canton de Neuchâtel Cancelleria dello Stato del Cantone di Neuchâtel	06.03.2019
GE	Staatskanzlei des Kantons Genf Chancellerie d'État du canton de Genève Cancelleria dello Stato del Cantone di Ginevra	27.02.2019
JU	Staatskanzlei des Kantons Jura Chancellerie d'État du canton du Jura Cancelleria dello Stato del Cantone del Giura	06.03.2019
<b>Politische Parteien</b>		
BDP PBD PBD	Bürgerlich-Demokratische Partei Parti bourgeois-démocratique Partito borghese democratico	04.03.2019
CVP PDC PPD	Christlichdemokratische Volkspartei Parti démocrate-chrétien Partito popolare democratico	06.03.2019
FDP PLR PLR	FDP. Die Liberalen PLR. Les Libéraux-Radicaux PLR. Liberali Radicali	05.03.2019
GPS PES PES	Grüne Partei der Schweiz Parti écologiste suisse Partito ecologista svizzero	05.03.2019
Grüne AG	Grüne Aargau	03.03.2019
jGrüne	Junge Grüne Schweiz Jeunes Verts Suisses Giovani Verdi	06.03.2019
Les Verts NE	Les Verts neuchâtelois	04.03.2019
GLP PVL PVL	Grünliberale Partei Parti vert'libéral Partito verde liberale svizzero	04.03.2019
vert'libéraux NE	Parti Vert'libéral section Neuchâtel	06.03.2019

<b>Abkürzung</b>	<b>Stellungnehmende</b>	<b>Datum</b>
SVP UDC UDC	Schweizerische Volkspartei Union Démocratique du Centre Unione Democratica di Centro	05.03.2019
SPS PSS PSS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz Parti socialiste suisse Partito socialista	08.03.2019
<b>Gesamtschweizerische Dachverbände</b>		
CH Gemeinden	Schweizerischer Gemeindeverband Association des Communes Suisses Associazione dei Comuni Svizzeri	07.03.2019
SSV UVS	Schweizerischer Städteverband Union des villes suisses Unione delle città svizzere	11.12.2018
SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete Groupement suisse pour les régions de montagne Gruppo svizzero per le regioni di montagna	27.02.2019
economiesuisse	Verband der Schweizer Unternehmen Fédération des entreprises suisses Federazione delle imprese svizzere	11.02.2019
SGV USAM USAM	Schweizerischer Gewerbeverband Union suisse des arts et métiers Unione svizzera delle arti e mestieri	06.03.2019
SBV USP USC	Schweizer Bauernverband Union suisse des paysans Unione svizzera dei contadini	22.02.2019
SGB USS USS	Schweizerischer Gewerkschaftsbund Union syndicale suisse Unione sindacale svizzera	01.03.2019
<b>Nationale und überregionale Organisationen</b>		
A Rocha	A Rocha Switzerland	05.03.2019
ACAR	Action Catholique Agricole et Rurale	03.03.2019
AGRIDEA	AGRIDEA	06.03.2019
Agroscope Tiere	Agroscope, Forschungsbereich Produktionssysteme Tiere und Tiergesundheit	06.03.2019
Wissensch. CH	Akademien der Wissenschaften Schweiz	05.03.2019
apisuisse	apisuisse	06.03.2019
Aqua Viva	Aqua Viva	06.03.2019
ASG CTBSB	Arbeitsgemeinschaft der Schweizer Getränkebranche Communauté de travail de la branche suisse des boissons	04.03.2019
ASR CTEBS	Arbeitsgemeinschaft Schweizer Rinderzüchter Communauté de travail des éleveurs bovins suisses	05.03.2019
AWBR	Arbeitsgemeinschaft Wasserwerke Bodensee-Rhein	26.02.2019
AGORA	Association des groupements et organisations romands de l'agriculture	03.03.2019
ANCV	Association Nationale des Coopératives Viti-vinicoles Suisses	06.03.2019
ARBDYN	Association Romande de Biodynamie	05.03.2019
SVSW ASVEI ASVEI	Schweizerische Vereinigung der Selbsteinkellernden Weinbauern Association suisse des vignerons-encaveurs indépendants Associazione Svizzera Viticoltori-Vinificatori	06.03.2019
SALS ASSAF ASSAF	Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft Association suisse pour un secteur agroalimentaire fort Associazione svizzera per un settore agroalimentare forte	06.03.2019
BZS	Bäuerliches Zentrum Schweiz	07.03.2019

<b>Abkürzung</b>	<b>Stellungnehmende</b>	<b>Datum</b>
BGK	Beratungs- und Gesundheitsdienst für Kleinwiederkäuer	06.03.2019
BFS FVS	BeratungsForum Schweiz Forum la VULG Suisse	26.02.2019
BBL	Beratungsgruppe Biodiversität Landwirtschaft	05.03.2019
BK NGO	Bildungscoalition NGO CoalitionEducation ONG	27.02.2019
BIO OW NW	Bio-Bauern Ob- und Nidwalden	05.03.2019
Bioterra CH	Bioterra Schweiz	01.03.2019
BirdLife	BirdLife Schweiz	06.03.2019
BGS	Bodenkundliche Gesellschaft der Schweiz	05.03.2019
BO Butter	Branchenorganisation Butter GmbH Organisation Sectorielle pour le Beurre	27.02.2019
BO Milch IP Lait IP Latte	Branchenorganisation Milch Interprofession du lait Interprofessione Latte	01.03.2019
BO Schafe	Branchenorganisation Schafe Schweiz	06.03.2019
BSM IPL	Branchenorganisation Schweizer Milchpulver Interprofession Poudre de Lait Suisse	27.02.2019
AG Wein	Branchenverband Aargauer Wein	16.01.2019
BDW	Branchenverband Deutschschweizer Wein	01.03.2019
GR Wein	Branchenverband graubünden Wein	16.01.2019
Braunvieh CH	Braunvieh Schweiz	04.03.2019
alliance F	Bund Schweizerischer Frauenorganisationen Alliance de sociétés féminines suisses Alleanza delle società femminili svizzere	19.02.2019
CasAlp	Sortenorganisation Berner Alp- und Hobelkäse AOP	05.03.2019
cP	Centre Patronal	25.02.2019
SZKF CSCF	Schweizerisches Zentrum für die Kartografie der Fauna info fauna - Centre Suisse de Cartographie de la Faune	06.03.2019
CL écoles	Conférence latine des directeurs des écoles des métiers de la terre et de la nature	01.03.2019
SWK CSCV	Schweizer Weinhandelskontrolle Contrôle suisse du commerce des vins Controllo svizzero del commercio dei vini	27.02.2019
CSPR	Coopérative de Solidarité Paysanne et Rurale	04.03.2019
DSM FMS	Dachverband Schweizerischer Müller Fédération des meuniers suisses Federazione mugnai svizzeri	12.02.2019
EKL CFHA CFIAR	Eidgenössische Kommission für Lufthygiene Commission fédérale de l'hygiène de l'air Commissione federale d'igiene dell'aria	03.02.2019
ENHK CFNP CFNP	Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission Commission fédérale pour la protection de la nature et du paysage Commissione federale per la protezione della natura e del paesaggio	06.03.2019
EFS FPS	Evangelische Frauen Schweiz Femmes protestantes en Suisse	05.03.2019
CharNet	Fachverband für Pflanzenkohle und Pyrolyse	06.03.2019
FPVS	Fédération des pépiniéristes viticulteurs suisses	06.03.2019
FRC	Fédération romande des consommateurs	06.03.2019
SWBV FSV FSV	Schweizerischer Weinbauernverband Fédération suisse des vigneron Federazione svizzera dei viticoltori	06.03.2019

<b>Abkürzung</b>	<b>Stellungnehmende</b>	<b>Datum</b>
FSFM	Schweizerischer Freibergerverband Fédération suisse du franchises-montagnes	22.02.2019
FVV	Fédération vaudoise des vigneron	06.03.2019
fial	Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien Fédération des Industries Alimentaires Suisses Federazione delle Industrie Alimentari Svizzere	22.02.2019
FFW	Fondation Franz Weber	06.03.2019
FiBI	Forschungsinstitut für biologischen Landbau	05.03.2019
FROMARTE	Genossenschaft der Schweizer Käsespezialisten Association faitière des artisans suisses du fromage	21.02.2019
Bergheimat	Schweizer Bergheimat Bergheimat Suisse Bergheimat Svizzera	06.03.2019
Ökostrom CH	Genossenschaft Ökostrom Schweiz	22.02.2019
OMV	Genossenschaft Ostschweizer Milchverarbeiter	28.02.2019
swissherdbook	Genossenschaft swissherdbook Société coopérative swissherdbook	05.03.2019
ZMP	Genossenschaft Zentralschweizer Milchproduzenten	05.03.2019
GP Climat	Grands-parents pour le climat	06.03.2019
geosuisse	Schweizerischer Verband für Geomatik und Landmanagement Société suisse de géomatique et de gestion du territoire Società svizzera di geomatica e di gestione del territorio	06.03.2019
oeku	Kirche und Umwelt Eglise et environnement	06.03.2019
KKGEO	Konferenz der Kantonalen Geoinformationsstellen Conférence des Services Cantonaux de Géoinformation Conferenza dei Servizi cantonali per la Geoinformazione	04.03.2019
GST SVS SVS	Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte Société des Vétérinaires Suisses Società delle Veterinarie e dei Veterinari Svizzeri	06.03.2019
Greenpeace	Greenpeace Schweiz Greenpeace Suisse	01.03.2019
GOV	Groupement des organisations viticoles valaisannes	04.03.2019
PIOCH	Groupement pour la promotion intégrée dans l'Ouest de la Suisse	06.03.2019
HN	Helvetia Nostra	06.03.2019
HAFL	Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften	04.03.2019
Hochstamm Suisse	Hochstamm Suisse	01.03.2019
IG Anbindestall	IG Anbindestall Communauté d'intérêts stabulation entravée	06.03.2019
Christbaum	IG Suisse Christbaum	30.01.2019
IG D	Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz Communauté d'intérêt du commerce de détail suisse	06.03.2019
IG Hornkuh	Interessengemeinschaft Hornkuh	05.03.2019
IGAS CISA	Interessengemeinschaft Agrarstandort Schweiz Communauté d'intérêt pour le secteur agro-alimentaire	19.03.2019
IGöM CIMP CIMP	Interessengemeinschaft öffentliche Märkte Communauté d'intérêts marchés publics Comunità d'interessi mercati pubblici	08.03.2019
IG Familien-be- triebe	Interessengemeinschaft zum Schutz und zur Förderung landwirtschaft- licher Familienbetriebe	06.03.2019
IVVS BSRW	Branchenverband Schweizer Reben und Weine Interprofession de la vigne et des vins suisses	06.03.2019

<b>Abkürzung</b>	<b>Stellungnehmende</b>	<b>Datum</b>
Gruyère	Interprofession du Gruyère	14.02.2019
IVVG	Interprofession du vignoble et des vins de Genève	06.03.2019
JardinSuisse	Unternehmerverband Gärtner Schweiz	06.03.2019
Junge Generation	Junge Grüne Schweiz; Verein Grassrooted Zürich; Slow Food Youth CH	06.03.2019
JULA ZCH	Junglandwirte Zentralschweiz	25.02.2019
JULA COJA	Junglandwirtekommission des Schweizerischen Bauernverbandes Commission des jeunes agriculteurs	04.03.2019
JULA GR/GL	Junglandwirtekommission Graubünden Glarus	05.03.2019
KAGfreiland	KAGfreiland für Kuh, Schwein, Huhn & Co.	05.03.2019
VKMB	Kleinbauern-Vereinigung Association des petits paysans	05.03.2019
Klima CH	Klima-Allianz Schweiz Alliance Climatique Suisse Alleanza Climatica Svizzera	05.03.2019
Kometian	Kometian – komplementäre Tiermedizin Kometian - médecine vétérinaire complémentaire Kometian - Medicina veterinaria complementare	04.03.2019
LDK CDCA CDCA	Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren Conférence des directeurs cantonaux de l'agriculture Conferenza dei direttori cantonali dell'agricoltura	03.03.2019
KOLAS COSAC COSAC	Konferenz der Landwirtschaftsämter der Schweiz Conférence des directeurs cantonaux de l'agriculture Conferenza svizzera delle sezioni dell'agricoltura cantonali	06.03.2019
KWL CFP CFP	Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft Conférence pour forêt, faune et paysage Conferenza per la foresta, la fauna e il paesaggio	01.03.2019
kf	Schweizerisches Konsumentenforum	05.03.2019
KIP	Koordinationsgruppe integrierte Produktion Deutschschweiz und Tessin	04.03.2019
KLS	Krebsliga Schweiz Ligue suisse contre le cancer Lega svizzera contro il cancro	06.03.2019
Agrarallianz	Agrarallianz Alliance agraire	02.03.2019
AFR	Association des Artisans fromagers romands	27.02.2019
Maîtres Agricul- teurs	Association des Maîtres Agriculteurs de Suisse romande	06.03.2019
LF Entlebuch	Landwirtschaftsforum UNESCO Biosphäre Entlebuch	06.03.2019
Biosphäre Entle- buch	UNESCO Biosphäre Entlebuch - Biosphärenzentrum	04.03.2019
Lohnun.	Lohnunternehmer Schweiz Agro-entrepreneurs Suisse	05.03.2019
Mutterkuh Vache mère Vacca madre	Mutterkuh Schweiz Vache mère Suisse Vacca madre Svizzera	28.02.2019
INSOS	Nationaler Branchenverband der Institutionen für Menschen mit Behinderung Association de branche nationale des institutions pour personnes avec handicap	22.01.2019
NF CH	Naturfreunde Schweiz Amis de la Nature Suisse	07.03.2019

<b>Abkürzung</b>	<b>Stellungnehmende</b>	<b>Datum</b>
Pärke Parcs Parchi	Netzwerk Schweizer Pärke Réseau des parcs suisses Rete dei parchi svizzeri	06.03.2019
OdA AgriAliForm	Organisation der Arbeitswelt Berufsfeld Landwirtschaft und deren Berufe	19.02.2019
OEZG	Original Evolèner Viehzuchtgenossenschaft	06.03.2019
Agrisodu	Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft Plateforme pour une agriculture socialement durable	02.03.2019
Pro Natura	Pro Natura	02.03.2019
Proviande	Proviande Genossenschaft Proviande coopérative	08.03.2019
PWS	Pro Wolle Schweiz	21.01.2019
SAV SSEA SSEA	Schweizerischer Alpwirtschaftlicher Verband Société suisse d'économie alpestre Società svizzera di economia alpestre	01.03.2019
SGWH	Schweizerische Genossenschaft der Weich- und Halbhartkäsefabrikanten Société coopérative suisse des fabricants de fromage à pâte molle et mi-dure	11.02.2019
SKEK CPC	Schweizerische Kommission für die Erhaltung von Kulturpflanzen Commission suisse pour la conservation des plantes cultivées	06.03.2019
SAG	Schweizer Allianz Gentechfrei Alliance suisse pour une agriculture sans génie génétique	28.02.2019
SFF UPSV UPSC	Schweizer Fleisch-Fachverband Union Professionnelle Suisse de la Viande Unione Professionale Svizzera della Carne	25.02.2019
SGP ASPV	Schweizer Geflügelproduzenten Association Suisse des Producteurs de Volaille	06.03.2019
SMP PSL	Schweizer Milchproduzenten Fédération des Producteurs Suisses de Lait Produttori Svizzeri di Latte	28.01.2019
SRP PSBB	Schweizer Rindviehproduzenten Producteurs Suisses de Bétail Bonvin	19.02.2019
STS PSA PSA	Schweizer Tierschutz Protection suisse des animaux Protezione Svizzera degli Animali	05.03.2019
Swiss-Seed	Schweizer Vereinigung für Samenhandel und Sortenschutz Association Suisse du commerce des semences et de la protection des obtentions végétales	03.05.2019
SZU	Schweizer Zucker AG Sucre Suisse SA	06.03.2019
BPUK DTAP DCPA	Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz Conférence suisse des directeurs cantonaux des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement Conferenza svizzera dei direttori delle pubbliche costruzioni, della pianificazione del territorio e dell'ambiente	08.03.2019
AOP-IGP AOP-IGP DOP-IGP	Association suisse des AOP-IGP Schweizerische Vereinigung der AOP-IGP Associazione svizzera dei DOP-IGP	18.02.2019
SVSM ASMP	Schweizerische Vereinigung für Schweinemedizin Association suisse pour la médecine porcine	06.03.2019

<b>Abkürzung</b>	<b>Stellungnehmende</b>	<b>Datum</b>
SVS ASE	Schweizerische Vereinigung für Silowirtschaft Association Suisse de l'Ensilage	05.03.2019
SVIL	Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft	04.03.2019
IP-SUISSE	Schweizerische Vereinigung integriert produzierender Bauern und Bäuerinnen Association suisse des paysannes et paysans pratiquant la production intégrée	05.03.2019
Vogelwarte Station ornithologique Stazione ornitologica	Schweizerische Vogelwarte Sempach Station ornithologique suisse Stazione ornitologica Svizzera	04.03.2019
SBLV USPF USDCR	Schweizerischer Bäuerinnen- und Landfrauenverband Union suisse des paysannes et des femmes rurales Unione svizzera delle donne contadine e rurali	28.02.2019
SFV FSP FSP	Schweizerischer Fischerei-Verband Fédération Suisse de Pêche Federazione Svizzera di Pesca	06.03.2019
SGPV FSPC FSPC	Schweizerischer Getreideproduzentenverband Fédération suisse des producteurs de céréales Federazione svizzera dei produttori di cereali	04.03.2019
SKF	Schweizerischer Katholischer Frauenbund Ligue suisse des femmes catholiques Unione svizzera delle donne cattoliche	05.03.2019
Holstein	Holstein Switzerland	27.02.2019
SKMV FSEV	Schweizerischer Kälbermäster-Verband Fédération suisse des engraisseurs de veaux	08.03.2019
SLV ASMA ASMA	Schweizerischer Landmaschinen-Verband Association suisse de la machine agricole Associazione svizzera delle macchine agricole	06.03.2019
Swiss Fruit	Schweizerischer Obstverband Fruit-Union Suisse Associazione Svizzera Frutta	01.03.2019
SPV	Schweizerischer Pächterverband Association suisse des fermiers	05.03.2019
Swissem	Schweizerischer Saatgutproduzenten-Verband Fédération suisse des producteurs de semences	05.03.2019
SSZV	Schweizerischer Schafzuchtverband Fédération suisse d'élevage ovin Federazione svizzera d'allevamento ovino	04.03.2019
SFWE	Schweizerische Stiftung zur Förderung von Wohneigentum	27.02.2019
SIA	Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein Société suisse des ingénieurs et des architectes Società svizzera degli ingegneri e degli architetti	01.03.2019
Biscosuisse	Schweizerischer Verband der Backwaren- und Zuckerwaren-Industrie Association suisse des industries de biscuits et de confiserie	06.03.2019
SVU ASEP ASEP	Schweizerischer Verband der Umweltfachleute Association suisse des professionnels de l'environnement Associazione svizzera dei professionisti dell'ambiente	05.03.2019
SVZ	Schweizerischer Verband der Zuckerrübenpflanzer Fédération Suisse des Betteraviers	05.03.2019
SVLT ASETA ASATA	Schweizerischer Verband für Landtechnik Association suisse pour l'équipement technique de l'agriculture Associazione svizzera per l'attrezzatura tecnica dell'agricoltura	06.03.2019

<b>Abkürzung</b>	<b>Stellungnehmende</b>	<b>Datum</b>
SVGW SSIGE SSIGA	Schweizerischer Verein des Gas- und Wasserfaches Société Suisse de l'Industrie du Gaz et des Eaux Società Svizzera dell'Industria del Gas e delle Acque	05.03.2019
SVV ASA	Schweizerischer Versicherungsverband Association Suisse d'Assurances	01.03.2019
SVV SSMB ASNB	Schweizerischer Viehändler Verband Syndicat suisse des marchands de bétail Associazione Svizzera negozianti di bestiame	04.03.2019
SZZV FSEC FSAC	Schweizerischer Ziegenzuchtverband Fédération suisse d'élevage caprin Federazione svizzera d'allevamento caprino	05.03.2019
SFY	Slow Food Youth CH	06.03.2019
SEVS	Société des encaveurs de vins suisses	06.03.2019
SGOV	St. Galler Obstverband	01.03.2019
BFA	Stiftung Brot für alle Pain pour le prochain	06.03.2019
Fledermaus	Stiftung Fledermausschutz	05.03.2019
SKS	Stiftung für Konsumentenschutz	01.03.2019
SL FP FP	Stiftung Landschaftsschutz Schweiz Fondation suisse pour la protection et l'aménagement du paysage Fondazione svizzera per la tutela del paesaggio	05.03.2019
ProSpecieRara	Schweizerische Stiftung für die kulturhistorische und genetische Vielfalt von Pflanzen und Tieren Fondation suisse pour la diversité patrimoniale et génétique liées au végétaux et aux animaux Fondazione svizzera per la diversità socioculturale e genetica dei vegetali e degli animali	05.03.2019
suissemelio	Schweizerische Vereinigung für die ländliche Entwicklung Association suisse pour le développement rural Associazione svizzera per lo sviluppo rurale	05.03.2019
Suisseporcs	Schweizerischer Schweinezucht- und Schweineproduzentenverband	05.03.2019
Swiss Beef CH	Swiss Beef CH	04.03.2019
SCFA	Swiss Convenience Food Association	05.03.2019
swiss granum	Schweizerische Branchenorganisation Getreide, Ölsaaten und Eiweisspflanzen Organisation de la branche suisse des céréales, des oléagineux et des protéagineux	05.03.2019
Ala	Schweizerische Gesellschaft für Vogelkunde und Vogelschutz	06.03.2019
SWISSAID	Schweizerische Stiftung für Entwicklungszusammenarbeit Fondation suisse pour le développement	05.03.2019
SSZ AMM	Spiegelschafzuchtverein Association d'élevage du mouton miroir	06.03.2019
SGS ASCB	Stiefelgeissen-Züchterverein Schweiz Association suisse des éleveurs de la chèvre bottée	06.03.2019
SWISSCOFEL	Verband des Schweizer Früchte-, Gemüse- und Kartoffelhandels Association Suisse du Commerce Fruits, Légumes et Pommes de terre	18.02.2019
SwissOlio	Verband Schweizerischer Hersteller von Speiseölen, Speisefetten und Margarinen	06.03.2019
Swisspatat	Swisspatat	06.03.2019
SwissTabac	SwissTabac	06.03.2019
Swissveg	Swissveg, Informationsstelle für eine pflanzenbasierte Lebensweise	21.02.2019
SCM	Switzerland Cheese Marketing AG	01.03.2019
TIF	Tier im Fokus	06.03.2019

<b>Abkürzung</b>	<b>Stellungnehmende</b>	<b>Datum</b>
UENV	Union des Encaveurs et Négociants Vaud-Fribourg	05.03.2019
Uniterre	Uniterre	05.03.2019
Biomasse	Verband Biomasse Suisse	06.03.2019
VKCS ACCS ACCS	Verband der Kantonschemiker der Schweiz Contrôle des denrées alimentaires en Suisse Controllo delle derrate alimentari in Svizzera	27.02.2019
VSG ASIG ASIG	Verband der Schweizerischen Gasindustrie Association Suisse de l'Industrie Gazière Associazione svizzera dell'industria del gas	06.03.2019
GastroSuisse	Verband für Hotellerie und Restauration Fédération nationale de l'hôtellerie et de la restauration Federazione dell'Albergheria e della Ristorazione svizzera	06.03.2019
ACCS	Association des centres collecteurs collectifs de céréales de Suisse	06.03.2019
VSA	Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute Association professionnelle pour l'eau en Suisse	05.03.2019
primavera	Verband Schweizer Lebensmittelverarbeiter der ersten Stufe	05.03.2019
Fischzüchter	Verband Schweizerischer Fischzüchter	04.03.2019
VSGI	Verband Schweizerischer Geflügel- und Wildimporteure	05.03.2019
VSGP UMS USPV	Verband Schweizerischer Gemüseproduzente Union maraîchère suisse Unione svizzera produttori di verdura	05.03.2019
mellifera	Verein Schweizerischer Mellifera Bienenfreunde	01.03.2019
VSP FSEC	Verband Schweizerischer Pferdezüchtorganisationen Fédération suisse des organisations d'élevage chevalin Federazione svizzera delle organizzazione d'allevamento equino	06.03.2019
ChocoSuisse	Verband Schweizerischer Schokoladefabrikanten Fédération des fabricants suisses de chocolat Federazione dei fabbricanti svizzeri di cioccolato	06.03.2019
VSA	Verbandsgenossenschaft für Simmentaler Alpflleckviehzucht und Alpwirtschaft	06.03.2019
bionetz	Verein bionetz.ch	05.03.2019
VPL	Verein für eine produzierende Landwirtschaft	05.03.2019
Hochstamm CH	Verein Hochstammobstbau Schweiz	18.02.2019
Verein Familienbe- triebe	Verein IG zum Schutz und zur Förderung der bäuerlichen Familienbe- triebe	06.03.2019
Klimaschutz CH	Verein Klimaschutz Schweiz Association Protection du Climat Suisse Associazione Climate Protection Svizzera	04.03.2019
Permakultur Lw	Verein Permakultur-Landwirtschaft	06.03.2019
Permakultur CH	Verein Permakultur Schweiz	06.03.2019
VMMO	Vereinigte Milchbauern Mitte-Ost	17.01.2019
GalloSuisse	Vereinigung der Schweizer Eierproduzenten Association des producteurs d'œufs suisses	04.03.2019
VSKT ASVC ASVC	Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte Association Suisse des Vétérinaires Cantonaux Associazione Svizzera dei Vererinari Cantonali	07.02.2019
VMI AILS AILS	Vereinigung der Schweizerischen Milchindustrie Association de l'Industrie Laitière Suisse Associazione dell'industria lattiera svizzera	22.02.2019
VSKP USPPT USPP	Vereinigung Schweizerischer Kartoffelproduzenten Union Suisse des producteurs de pommes de terre Unione Svizzera dei produttori di patate	05.03.2019

<b>Abkürzung</b>	<b>Stellungnehmende</b>	<b>Datum</b>
Swiss Silk	Vereinigung Schweizer Seidenproduzenten	04.03.2019
VSW ASCV	Vereinigung Schweizer Weinhandel Association suisse du commerce des vins	06.03.2019
BIO SUISSE	Vereinigung schweizerischer biologischer Landbauorganisationen Fédération des entreprises agricoles biologique suisses Associazione mantello delle aziende Gemma svizzere	06.03.2019
VSF-MILLS	Vereinigung Schweizerischer Futtermittelfabrikanten Association suisse des fabricants d'aliments fourragers	28.02.2019
VIER PFOTEN	Vier Pfoten - Stiftung für Tierschutz Quatre pattes	06.03.2019
Vision Lw	Vision Landwirtschaft	06.03.2019
VITISWISS	Schweizerischer Verband für eine Nachhaltige Entwicklung im Weinbau Fédération suisse pour le développement d'une vitiviniculture durable	06.03.2019
VSLG	Verein zum Schutz des landwirtschaftlichen Grundeigentums	27.02.2019
WEKO COMCO COMCO	Wettbewerbskommission Commission de la concurrence Commissione della concorrenza	01.03.2019
scienceindustries	Wirtschaftsverband Chemie Pharma Life Sciences Association des Industries Chimie Pharma Life Sciences	28.02.2019
WWF	WWF Schweiz WWF Suisse WWF Svizzera	25.02.2019
ZBB	Zentralschweizer Bauernbund	26.02.2019
ZVCH FECH	Zuchtverband CH-Sportpferde Fédération d'élevage du cheval de sport	06.03.2019
<b>Kantonale und regionale Organisationen</b>		
AGRIFUTURA	Associazione di agricoltori ticinesi	06.03.2019
AgriGenève	AgriGenève	06.03.2019
Alpenparlament	Alpenparlament	06.03.2019
AquaPlus AG	AquaPlus AG	08.03.2019
AG Berggebiet	Arbeitsgruppe Berggebiet	08.03.2019
AG MMV	Aargauer Metzgermeisterverband	04.03.2019
Climat GE	Association Climat Genève	06.03.2019
FR AMBC	Association des Maîtres Bouchers-Charcutiers du canton de Fribourg	01.03.2019
AJM	Association des Maîtres Bouchers de l'Arc Jurassien	28.02.2019
AGVEI	Association genevoise des vigneron-encaveurs indépendants	06.03.2019
ASVEI-VD	Association Suisse des Vignerons-Encaveurs Indépendants Section Vaudoise	07.03.2019
AVMB	Association valaisanne des maîtres bouchers	26.02.2019
TI AMMS	Associazione Mastri Macellai e Salumieri - Ticino e Mesolcina	05.03.2019
BAK	Bernische Stiftung für Agrarkredite	06.03.2019
Zell	Bauamt Zell ZH	04.03.2019
BV F NW	Bäuerinnenverband Nidwalden	05.03.2019
BVA	Bauernverband Aargau	06.03.2019
BV AR	Bauernverband Appenzell Ausserrhoden	25.02.2019
BV AI	Bauernverband Appenzell Innerrhoden	07.03.2019
BVBB	Bauernverband beider Basel	04.03.2019
BV NW	Bauernverband Nidwalden	06.03.2019
BV OW	Bauernverband Obwalden	06.03.2019
BV UR	Bauernverband Uri	06.03.2019
BV Heinzenberg	Bauernverein Heinzenberg	03.03.2019
BV OberVS	Bauern Vereinigung Oberwallis	02.03.2019

<b>Abkürzung</b>	<b>Stellungnehmende</b>	<b>Datum</b>
BEBV	Berner Bauern Verband	04.03.2019
BBK	Bernisches Bäuerliches Komitee	06.03.2019
Wein SH	Branchenverband Schaffhauser Wein	05.02.2019
Wein TG	Branchenverband Thurgau Weine	20.01.2019
Wein ZH	Branchenverband Zürcher Wein	04.03.2019
BirdLife AG	BirdLife Aargau	05.03.2019
BirdLife ZH	BirdLife Zürich	12.02.2019
BV GR	Bündner Bauernverband	07.03.2019
BVS	Bündner Vogelschutz	02.03.2019
BV SZ	Bauernvereinigung des Kantons Schwyz	25.02.2019
CAJB	Chambre d'agriculture du Jura bernois	04.03.2019
AgriJura	AgriJura - Chambre d'agriculture	02.03.2019
CNAV	Chambre neuchâteloise d'agriculture et de viticulture	06.03.2019
CVA	Chambre valaisanne d'agriculture	06.03.2019
CIVV	Communauté interprofessionnelle du vin vaudois	05.03.2019
DBT	Dachverband Berner Tierschutzorganisationen	05.03.2019
Hemishofen WV	Einwohnergemeinde Hemishofen, Wasserversorgung	01.03.2019
Hilterfingen GBK	Einwohnergemeinde Hilterfingen, Gemeindebetriebe-Kommission	04.03.2019
FCVV	Fédération des caves viticoles vaudoises	05.03.2019
FSFL	Fédération des sociétés fribourgeoises de laiterie	05.03.2019
FVSV	Fédération valaisanne des vigneron	04.03.2019
BE FFV	Fleisch-Fachverband Kanton Bern	05.03.2019
AI/AR FFV	Fleischfachverband Appenzellerland	28.02.2019
SG+FL FFV	Fleischfachverband St.Gallen-Liechtenstein	28.02.2019
Hergiswil	Gemeinderat Hergiswil	15.03.2019
BV GL	Glarner Bauernverband	02.03.2019
GNV	Glarner Natur- und Vogelschutzverein	04.03.2019
GPMVR	Groupement de la population de montagne du Valais romand	05.03.2019
Lattenbuck WV	Gruppenwasserversorgung Lattenbuck	01.03.2019
Genetik UNIBE	Institut für Genetik der Universität Bern	04.03.2019
IG Hornkuh UR	Interessengemeinschaft Hornkuh Uri	06.03.2019
IGNL ZH	Interessengemeinschaft Natur und Landwirtschaft Kanton Zürich	05.03.2019
IVV	Interprofession de la Vigne et du Vin du Valais	06.03.2019
IRL-PLUS ETH	Planung von Landschaft und urbanen Systemen (PLUS), ETH Zürich	05.03.2019
KKO	Kreiskommission Berner Oberland des Berner Bauernverbandes	01.03.2019
LVO	Landfrauenverband Obwalden	06.03.2019
LEBeO	Ländliche Entwicklung Berner Oberland	27.02.2019
LU LK	Landwirtschaftliche Kreditkasse des Kantons Luzern	01.03.2019
BS/BL MMV	Metzgermeister-Verband beider Basel & Umg.	05.03.2019
GL MMV	Metzgermeisterverband Glarnerland	26.02.2019
ZH MMV	Metzgermeisterverband Zürich	06.03.2019
OberVS MMV	Oberwalliser Metzgermeisterverband	25.02.2019
OSNZV	Oberwalliser Schwarznasenschafzuchtverband	07.03.2019
PICUS	PICUS, Natur- und Vogelschutzverein	29.01.2019
Pro Natura FR	Pro Natura Fribourg	06.03.2019
Pro Natura GL	Pro Natura Glarus	05.03.2019
Pro Natura GR	Pro Natura Graubünden	06.03.2019
Pro Natura SO	Pro Natura Solothurn	06.03.2019
Prométerre	Association vaudoise de promotion des métiers de la terre - Prométerre	06.03.2019
TG MMV	Regionaler Metzgermeisterverband Thurgau	05.03.2019
BV SH	Schaffhauser Bauernverband	06.03.2019
SVG	Seeländische Wasserversorgung, Gemeindeverband SWG	28.02.2019

<b>Abkürzung</b>	<b>Stellungnehmende</b>	<b>Datum</b>
SIGE	Service intercommunal de gestion Riviera-Pays d'Enhaut	05.03.2019
SPBCG	Société patronale des Bouchers Charcutiers de Genève	05.03.2019
SMMS	Società Mastri Macellai Salumieri	04.03.2019
BV SO	Solothurner Bauernverband	01.03.2019
SO MMV	Solothurner Kantonal Metzger Meister Verband	28.02.2019
SLK	Solothurnische Landwirtschaftliche Kreditkasse	22.02.2019
BV SG	St. Galler Bauernverband	06.03.2019
SEF	Syndicat pour l'alimentation des Franches-Montagnes en eau potable	04.03.2019
TG ETH	Tiergenomik ETH Zürich	04.03.2019
TMP	Thurgauer Milchproduzenten	06.03.2019
UFS SG	Umweltfreisinnige St.Gallen	06.03.2019
BV FR	Union des Paysans Fribourgeois Freiburgischer Bauernverband	06.03.2019
Paysannes NE	Union des paysannes neuchâtelaises	06.03.2019
UVEV	Union des Vignerons-Encaveurs du Valais	14.03.2019
UCT	Unione Contadini Ticinesi	06.03.2019
VBL	Verband Bernischer Landfrauenvereine	06.03.2019
GL2 MMV	Verband Glarner Metzgermeister	28.02.2019
VTGL	Verband Thurgauer Landwirtschaft	06.03.2019
VZB	Verein Zuger Bäuerinnen	27.02.2019
ARGE	Verein Arbeitsgemeinschaft Oenzthal	05.03.2019
Gsteig WV	Wasserversorgung Gemeinde Gsteig	07.03.2019
Herrliberg WV	Wasserversorgung Herrliberg	07.03.2019
Sursee WV	Wasserversorgung Stadt Sursee	28.02.2019
Zürich WV	Wasserversorgung Stadt Zürich	05.03.2019
WWF AG	WWF Aargau	19.02.2019
WWF AR/AI	WWF Appenzell	01.03.2019
WWF BE	WWF Bern	05.03.2019
WWF FR	WWF Fribourg	25.02.2019
WWF GL	WWF Glarus	05.03.2019
WWF JU	WWF Jura	26.02.2019
WWF NE	WWF Neuchâtel	04.03.2019
WWF BL/BS	WWF Region Basel	01.03.2019
WWF SH	WWF Schaffhausen	27.02.2019
WWF SZ	WWF Schwyz	05.03.2019
WWF TG	WWF Thurgau	01.03.2019
WWF VD	WWF Vaud	27.02.2019
WWF ZS	WWF Zentralschweiz	04.03.2019
WWF ZH	WWF Zürich	04.03.2019
BV ZG	Zuger Bauernverband	05.03.2019
ZBV	Zürcher Bauernverband	22.02.2019
Tierschutz ZH	Zürcher Tierschutz	05.03.2019
ARA Obermarch	Zweckverband ARA Obermarch	01.03.2019
<b>Unternehmungen</b>		
SUISAG	Aktiengesellschaft für Dienstleistungen in der Schweineproduktion Centre de prestations pour la production porcine	18.02.2019
Bell	Bell Schweiz AG	19.02.2019
Biofarm	Biofarm Genossenschaft	01.03.2019
BINA	Bischofszell Nahrungsmittel AG	22.02.2019
COOP	Coop Gruppe Genossenschaft Société coopérative Groupe Coop Società cooperativa Gruppo Coop	06.03.2019

<b>Abkürzung</b>	<b>Stellungnehmende</b>	<b>Datum</b>
Crema SA	Crema SA	06.03.2019
Em TW	Emmental Trinkwasser	04.03.2019
Emmi CH	Emmi Schweiz AG	25.02.2019
EnS AG	Energie Seeland AG	05.03.2019
EnS Biel	Energie Service Biel/Bienne	05.03.2019
fenaco	fenaco Genossenschaft fenaco Société coopérative	04.03.2019
Fisolan	Fisolan AG – Isolation aus 100% Schweizer Schafwolle	22.02.2019
G2R	Geo2rives SA	01.03.2019
HAWAG	Hardwasser AG	01.03.2019
IWB	Industrielle Werke Basel	01.03.2019
KBD	Korporation Baar-Dorf	07.03.2019
LRG	Laiteries Réunies Société coopérative Genève	06.03.2019
Lw AG	Landwirtschaft AG der Zuckerrübenfabrik Aarberg	04.02.2019
mst-law	Maurer & Stäger AG, Advokatur	23.01.2019
Migros	Migros-Genossenschafts-Bund Fédération des coopératives Migros Federazione delle cooperative Migros	06.03.2019
Nestlé	Nestlé Suisse SA	05.03.2019
Prolait	Prolait Fédération Laitière	05.03.2019
Schweizer Hagel Suisse Grêle Assicurazione Grandine	Schweizer Hagel-Versicherungs-Gesellschaft, Genossenschaft Société suisse d'assurance contre la grêle, société cooperative Società Svizzera d'Assicurazione contro la Grandine	27.02.2019
Spycher-Handwerk AG	Spycher-Handwerk AG	06.03.2019
TIR	Stiftung für das Tier im Recht	06.03.2019
Swissgenetics	Swissgenetics Genossenschaft	12.03.2019
Weinfeldern WV	Technische Betriebe Weinfeldern AG, Wasserversorgung	06.03.2019
Thinkpact Zukunft	Thinkpact Zukunft	05.03.2019
WABAG	Wassertechnik AG	05.03.2019
WVS	Wasserverbund Seeland AG	05.03.2019
<b>Einzelpersonen</b>		
B_Gasser	Benjamin Gasser	23.11.2018
Ch_Rufener	Christian Rufener	23.01.2019
H_Neeracher	Hans Neeracher	07.02.2019
H_Schüpbach	Hans Schüpbach	06.02.2019
A_Hasler	Alexander Hasler	04.03.2019
W_Betschart	Walter Betschart	04.03.2019
W_Betschart	Walter Betschart	05.03.2019
D_Niederhauser-Gerber	Daniela Niederhauser-Gerber	06.03.2019
M_Schuler	Martin Schuler	06.03.2019
X_Menoud	Xavier Menoud	06.03.2019
M_Müller	Manuel Müller	05.03.2019
R_Schelbert	Ruth und Ruedi Schelbert	05.03.2019
E_Meili	Eric Meili	04.03.2019
L_Von Moos	Laurence Von Moos	07.03.2019
M_Almer	Marianne Almer	06.03.2019

Zusätzlich eingereicht wurden Stellungnahmen von Einzelpersonen:

- 22 wie Biofarm

## Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung: Agrarpolitik ab 2022

- 169 wie IG Hornkuh
- 3228 Stellungnahmen gesendet von einem Online-Formular von Greenpeace